

Zusammenbruch - Umbruch - Aufbruch

1945 und die Jahre danach -
Erinnerungen an die "Nachkriegszeit"
in der Stadt Volkmarsen

Ernst Klein



Ernst Klein

Zusammenbruch – Umbruch – Aufbruch

1945 und die Jahre danach

Erinnerungen an die „Nachkriegszeit“ in der Stadt Volkmarsen

1945

Geschichte ist gelebtes Leben und Geschichte wird besser begreifbar, wenn sie Namen und Gesichter bekommt und wenn sie Bezug zu Orten herstellt, die bekannt sind. Unter diesem Leitsatz versuche ich, an die Ereignisse und Entwicklungen in der Zeit ab Frühjahr 1945 zu erinnern.

1946

Anhand von Zeitzeugenberichten, Dokumenten und Pressemeldungen informieren die von mir zusammengestellten Artikel beispielhaft in vielen verschiedenen Themenfeldern über die Entwicklung in den Jahren von 1945 bis 1960 vom totalen Zusammenbruch über die Aufnahme der Heimatvertriebenen und den mühsamen Aufbau demokratischer Strukturen bis zum Beginn des „Wirtschaftswunders“.

1947

1948

1949

1950

Impressum:

1951

Gesamtkonzeption:

Ernst Klein

1952

Herausgeber/Autor:

Ernst Klein

Mail: ernstwklein@web.de

web: ernstklein-volkmarsen.de

1953

1954

Layout und Satz, Gestaltung,
Digitalisierung, Bildbearbeitung,
Einbandgestaltung

Jan Schirsching

1955

Fotos:

Archiv Ernst Klein

1956

Lektorat:

Jochen Klein

Karl-Heinz Stadtler

1957

1. Auflage März 2025

© Ernst Klein

1958

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Autors ist es nicht gestattet, diese Publikation oder Teile daraus in irgendeiner Form zu vervielfältigen oder unter Verwendung elektronischer bzw. mechanischer Systeme zu speichern, auszuwerten und zu verbreiten.

1959

1960

Ernst Klein

Zusammenbruch - Umbruch – Aufbruch: 1945 und die Jahre danach Erinnerungen an die „Nachkriegszeit“ in der Kleinstadt Volkmarsen

Vorwort

Geschichte ist gelebtes Leben und Geschichte wird besser begreifbar, wenn sie Namen und Gesichter bekommt, wenn sie einen Bezug zu Orten herstellt, die bekannt sind.

Unter diesem Leitsatz versuche ich in meinen Beiträgen an die Ereignisse in der Zeit ab Frühjahr 1945 zu erinnern. Meine Ausführungen erheben nicht den Anspruch einer wissenschaftlichen Arbeit, wurden aber weitgehend unter Beachtung der für historische Arbeiten geltenden Regeln erstellt.



Luftbild der Volkmarser Altstadt in der Vorkriegszeit

Einleitung

Die letzten Kriegswochen waren geprägt von der Sorge um die Väter, Ehemänner und Brüder, die als Soldaten an den heftig umkämpften Frontabschnitten im Osten, Westen und Süden eingesetzt waren und auch um die zahlreichen jungen Frauen, die als Wehrmachts-Helferinnen oder Krankenschwestern zwangsverpflichtet worden waren. Viele Familien trauerten um ihre in den Kriegseinsätzen gefallenen Angehörigen. Hinzu kam die ständige Bedrohung durch Fliegerangriffe.

Im Februar 1945 kamen durch Tieffliegerangriffe am Bahnhof Volkmarsen die Mutter eines Kleinkindes und ein russischer Zwangsarbeiter ums Leben, drei polnische „Fremdarbeiter“ und ein Landwirt wurden schwer verletzt. Ende März starben bei der Feldarbeit durch Fliegerangriffe der Schäfer Josef Schmand und der Bauer Robert Blume. Im Nachbarort Külte wurden in der zweiten Märzhälfte bei insgesamt vier Luftangriffen der Bahnhof, die Kirche und sechzehn Häuser schwer beschädigt, sechs Häuser wurden vollständig zerstört. Immer öfter mussten die Menschen nach dem Heulen der Alarmsirenen in den vermeintlich sicheren Kellern Schutz suchen.

Weitere ständige Belastungen wurden verursacht durch die immer schlechter werdende Versorgungslage und die durch die Einquartierung zahlreicher „Ausgebombter“ aus Kassel und anderen Großstädten entstandenen sehr beengten Wohnverhältnisse.

Trotz aller Probleme hielten viele Bürgerinnen und Bürger an ihrer nationalsozialistischen Überzeugung und am Glauben an die „Wunderwaffen“ und den „Endsieg“ fest.

Nach dem Schicksal der früher in der Stadt lebenden jüdischen Nachbarn – die letzten waren im Jahr 1942 angeblich „ausgewandert“ oder „umgesiedelt“ worden – fragte in diesen Zeiten anscheinend niemand.

Unter diesen Umständen mussten Andersdenkende, die aus christlicher und politischer Überzeugung dem NS-Regime ablehnend gegenüberstanden, in ständiger Bedrohung durch Denunzianten leben, wenn sie kritische Äußerungen machten oder „Feindsender“ hörten.

In den letzten Tagen des Monats März 1945 überschlugen sich die Meldungen über das stetige Vorrücken der amerikanischen Kampfverbände.

Der überwiegende Teil der Bevölkerung in Deutschland sah diesen Ereignissen mit großer Angst vor einem ungewissen Schicksal entgegen. Nach meiner auf der Grundlage von Zeitzeugengesprächen entstandenen Einschätzung sahen wohl die meisten Menschen in diesen Tagen den Sieg der Alliierten als beklagenswerte Niederlage an und nicht als „Befreiung“.

In der Rede von Bundespräsident Walter Scheel und den Aussagen von Bundeskanzler Helmut Schmidt wurde der 8. Mai im Jahr 1975 – 30 Jahre nach Kriegsende – klar als Befreiungstag bezeichnet. Es dauerte weitere zehn Jahre, bis nach der Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker für viele Deutsche deutlich wurde, dass der Tag der Kapitulation der Tag der Befreiung von der nationalsozialistischen Terrorherrschaft und die Chance zum Neubeginn und zum Aufbau rechtsstaatlicher und demokratischer Verhältnisse war und auch ein Tag der Besinnung sein sollte.

Zeitzeugenberichte – Bruchstücke aus Erinnerungen:

29. März 1945 (Gründonnerstag):

Die Vorhut der amerikanischen Truppen näherte sich aus Richtung Arolsen und Rhoden.

Die Parteileitung befahl dem aus Jugendlichen und alten Männern zusammengestellten „Volkssturm“ den Bau von „Panzersperren“ durch Ausheben von Gräben.

Im Rathaus, aber auch in vielen Privathäusern, herrschte hektisches Treiben. Zeitzeugen berichteten, dass in großer Panik im Rathaus zahlreiche Akten vernichtet wurden. Überall in den Wohnungen der bisherigen Bewunderer und Sympathisanten der Nationalsozialisten wurden die „Führerbilder“ von den Wänden genommen, Uniformen und Hakenkreuz-Fahnen versteckt, die lange Zeit mit Stolz getragenen Parteiabzeichen und vermeintlich verdächtige Orden und Ehrenzeichen, Fotos und Dokumente in Jauchegruben versenkt.



Am Rathaus

Am Abend verließen der Bürgermeister, der Ortsgruppenleiter, der Stadtsekretär und der Kreisfilmstellenleiter mit dem Auto die Stadt in Richtung Wolfhagen.

Einige Volkmarser Bürger hissten am Kirchturm die weiße Fahne als Zeichen der Bereitschaft zur kampflosen Übergabe der Stadt.

30. März 1945 (Karfreitag):

Der NS-Kreisleiter Töfflinger erschien plötzlich in Volkmarsen, entfernte die am Turm der Pfarrkirche angebrachte weiße Fahne und verließ unter Ankündigung von harten Strafmaßnahmen wieder die Stadt.

In der evangelischen Kirche wurde die Prüfung der Konfirmandinnen und Konfirmanden als Vorbereitung zur Konfirmation vorgenommen.

31. März 1945 (Karsamstag)

Zeitzeugenbericht aus Herbsen:

„Am Karfreitag hörten wir Geräusche von schweren Lastwagen und Panzern. Am Samstag gegen 7.00 Uhr kamen aus Richtung Kulte die amerikanischen Truppen ins Dorf.

Das Ende der großen Kolonne von Panzern, Lastwagen und Jeeps war nicht in Sicht. Die riesige Menge der Fahrzeuge versetzte uns in Staunen und Furcht. Die Jeeps waren mit Maschinengewehren ausgerüstet, genau wie die Panzer und Lastwagen. Bald legten die Amerikaner ein riesiges Munitionslager an der Straße nach Volkmarsen auf freiem Feld an“.

Gegen Mittag fuhren die ersten amerikanischen Panzerspähwagen vor dem Volkmarser Rathaus vor, bald danach folgten die ersten Kampftruppen. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung begrüßte die Soldaten, die meisten Einwohner hielten sich ängstlich zurück.

1. April 1945 (Ostersonntag)

Am Vormittag wurden in der evangelischen Kirche sieben Jungen und drei Mädchen feierlich konfirmiert, als plötzlich die Kirchentür aufging und mehrere US-Soldaten erschienen, die aber den Verlauf der Konfirmationsfeier nicht unterbrachen. In besonderer Erinnerung blieb den jungen Menschen, dass sie an diesem Tag zum ersten Mal farbige Männer sahen.

Zeitzeugenzitate: „Das waren Helle und Dunkle!“. „Noch bis zum Freitag hat uns der Pfarrer ermahnt, mit „Heil Hitler“ zu grüßen“.

Aus den Aufzeichnungen des Pfarrers: „Am Gründonnerstag sind die Reste der deutschen Truppen auf ihrer Flucht durch Volkmarsen gezogen; zwei Tage später besetzten die Amerikaner die Stadt. Bürgermeister und Parteileitung entwischten und verschwanden in der Stille.

Die Militärregierung war unnachtsichtig gegen alles, was an den gestürzten „Führer“ und sein Regiment erinnerte. Viele Volkmarser ergriff beim Eintreffen der Amerikaner große Angst, welche sich aber bald legte, da die fremden Truppen sich zuchtvoll benahmten; nur dass die Deutschen von den Siegern etwas von oben herab angesehen und behandelt wurden. So mussten Teile der Bevölkerung ihre Wohnungen sofort für die Amerikaner räumen. Das Pfarrhaus blieb von einer Beschlagnahme verschont. Während der Besatzungszeit benutzten die Truppen unser Kirchengebäude für Gottesdienste und Andachten, zum ersten Mal gleich in der Frühe des Ostersonntags. Hinterher fand dann die Konfirmationsfeier unserer Gemeinde statt.“

Einer der Konfirmanden war mein Bruder Karl, damals 14 Jahre alt. Er hatte gesehen, wie unser Vater, um sich nicht bei den Amerikanern verdächtig zu machen, ein Gewehr aus dem 1. Weltkrieg in das Wasser des hinter unserem Haus fließenden Mühlenbaches geworfen hatte. Einige Tage später stellte Vater (der krankheitsbedingt kein Soldat gewesen war) mit Entsetzen fest, dass Karl die Waffe heimlich aus dem Wasser geholt und versteckt hatte, um damit „das Vaterland bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen“ - so wie es ihm bei der Hitlerjugend eingehämmert worden war.

Erschreckende Todesfälle - Suizide und eine Familientragödie:

Wie in vielen Orten in Deutschland gab es auch in Volkmarsen einige Hitler-Anhänger, die sich offensichtlich ein Weiterleben ohne ihren „Führer“ nicht vorstellen konnten.

Eine furchtbare Parallele zum Fall Goebbels ereignete sich auch in Volkmarsen:

Am 1. April werden die sechs Kinder eines Volkmarser Ehepaars im Wohnhaus der Familie umgebracht und am 6. April auf dem evangelischen Friedhof bestattet. Eintragung im Kirchenbuch:

„Die sechs Kinder sind eines gewaltsamen Todes gestorben und in einem gemeinsamen Grab beigesetzt“. Das Alter der Kinder: 16,12,8,6 und 4 Jahre, das jüngste Kind war fünf Monate alt. Am Tag nach der Beisetzung, am 7. April 1945, setzte die Mutter der Kinder ihrem Leben ein Ende, sie wurde am 10. April begraben.

Ein weiteres Zeugnis der Verzweiflung wird am 5. April 1945 beurkundet: „Der Chemiker H.Sch. wurde tot aufgefunden. Tag und Stunde des Todes konnten nicht festgestellt werden. Der Verstorbene wurde zuletzt am 31. März 1945 lebend gesehen. Todesursache: Stichwunde in der Herzgegend, Selbstmord.“

10. April: Beschlagnahme von Häusern und Wohnungen / Evakuierungen:

Die örtlichen Militärbehörden bemühten sich durch zahlreiche Anordnungen und mit Hilfe neu eingesetzter, in Bezug auf NS-Belastung unverdächtiger Polizisten die öffentliche Ordnung zu sichern. Wegen der Einquartierung der vielen Soldaten war es notwendig, verschiedene Gebäude und private Wohnhäuser zu beschlagnahmen. Das Hauptquartier einer Artillerieeinheit wurde im ehemaligen Amtsgericht eingerichtet, viele Soldaten wurden in der Schule und in beschlagnahmten Häusern untergebracht. Die Hausbesitzer mit ihren Familien wurden ausgewiesen und mussten sich vorübergehend eine Bleibe bei Verwandten oder Bekannten suchen. In den meisten Fällen waren von diesen Maßnahmen Hauseigentümer betroffen, bei denen eine Zusammenarbeit mit der NS-Partei oder Parteigliederungen vermutet wurde oder nachweisbar war.



Das Volkmarser Amtsgericht (ab Mai 1945 Hauptquartier einer amerikanischen Artillerieeinheit, ab 1947 Notunterkunft für zahlreiche Flüchtlingsfamilien, später abgerissen)

Befreiung der sogenannten „Fremdarbeiter“:

Wie überall in Deutschland wurden in den Kriegsjahren auch in Volkmarzen zahlreiche Kriegsgefangene und ausländische Zwangsarbeiter, darunter auch viele Frauen und Mädchen aus Polen, in Fabriken und Handwerksbetrieben sowie in der Landwirtschaft unter entwürdigenden Bedingungen zur Zwangsarbeit eingesetzt. In der Möbelfabrik Schneider mussten 150 russische Kriegsgefangene arbeiten, die in primitiven Baracken hinter Stacheldraht auf dem Firmengelände untergebracht waren.

In der Volkmarser Ziegelei musste eine große Anzahl polnischer Frauen die im Krieg eingesetzten männlichen Ziegeleiarbeiter ersetzen und die schwere Arbeit des Tonabbaus und des Ziegelbrennens übernehmen. Ihre Unterkunft befand sich direkt in den Produktionshallen der Ziegelwerke. Die auf den Bauernhöfen und in kleinen Betrieben eingesetzten polnischen, französischen und russischen Kriegsgefangenen mussten über Nacht in verschiedenen Gemeinschaftsunterkünften wie zum Beispiel einer ehemaligen Kaffeebrennerei kampieren



Eckhaus rechts: Die alte Kaffeerösterei (bis 1945 Unterkunft für die französischen Gefangenen)

Zitate aus Zeitzeugenberichten: „Auch wenn es die Nazis verboten hatten – bei uns saßen die Landarbeiter mit am Tisch!“ „Ich bin oft an das Russenlager bei der Firma Schneider gegangen und habe Brot über den Stacheldrahtzaun geworfen, obwohl es verboten war. Ich dachte dabei an unseren Sohn, der in russischer Gefangenschaft war“.

„Mein Mann, der Zahnarzt Dr. Floren, hatte den Befehl, den Gefangenen bei Zahnbeschwerden sofort die betroffenen Zähne herauszureißen und keine sonstigen Behandlungen vorzunehmen.

Trotzdem hat er heimlich Material abgezweigt und auch Plombierungen vorgenommen.“

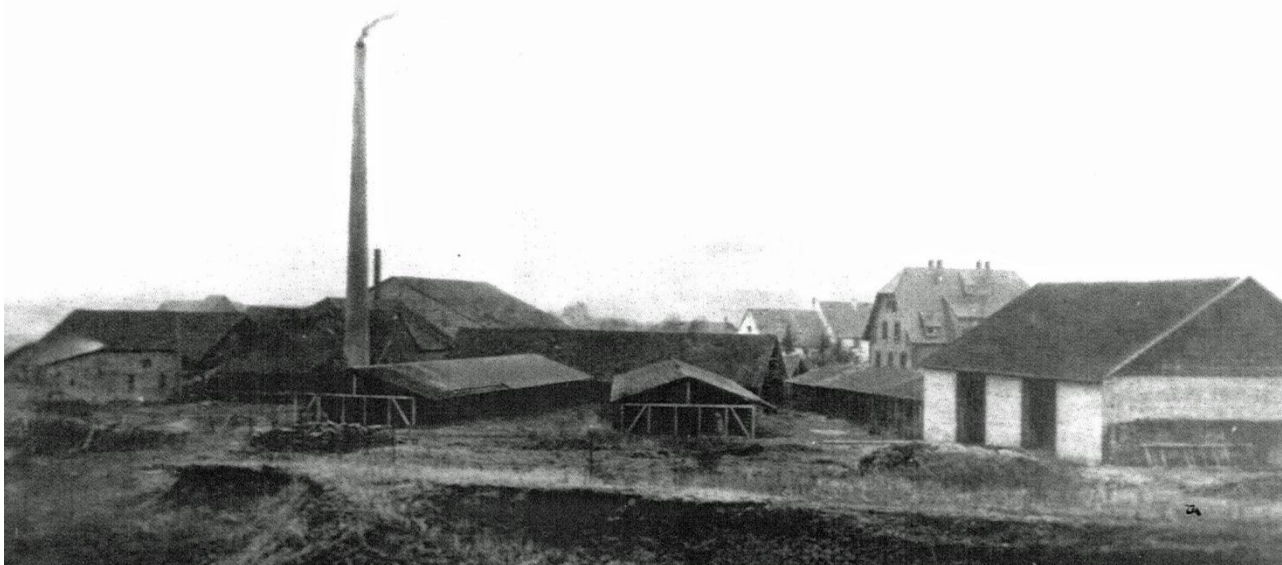


Die noch verbliebenen Gefangenen-Baracken (Aufnahme 1956 bei Überflutung durch Hochwasser)

Nach dem Einmarsch der Amerikaner waren die in der Stadt lebenden Gefangenen eigentlich „befreit“, blickten aber zunächst in eine ungewisse Zukunft. Nahezu 300 Personen wurden in der ersten Zeit in den Räumlichkeiten der Ziegelei einquartiert und dort unter der Leitung der Militärbehörde in Zusammenarbeit mit der Stadt zu einem festgelegten Monatssatz von 12 Reichsmark verpflegt. Die anfangs sehr dürftige Ernährungslage führte dazu, dass manche polnische und russische ehemalige „Fremdarbeiter“ Einbrüche begingen, um insbesondere bei Bauern Wurst- und Fleischwaren und andere Lebensmittel zu stehlen. Diese Vorkommnisse waren noch Jahre später oft Gesprächsthema und wurden in verschiedenen Stadtchroniken deutlich erwähnt, ohne auch über die Schicksale und die bedrückenden Lebensbedingungen der Verschleppten und Gefangenen zu berichten.

Eine Zeitzeugin erzählte mir auf meine Frage an ihre Erinnerung an das Kriegsende:

„Die Amis haben uns aus unserem Haus gejagt, weil mein Vater in der Partei war. Wir packten die nötigsten Sachen auf einen Handwagen und machten uns auf den Weg zu Verwandten. Ich hatte so ein schönes Sommerkleidchen, das oben auf dem Wagen lag. Auf dem Steinweg kamen uns ein paar Polenweiber aus der Ziegelei entgegen und haben mir mein schönes Kleid abgenommen!“ Auf meine Frage, ob sie nicht bemerkt hatte, dass die Zwangsarbeiterinnen nur noch mit völlig abgerissenen Fetzen bekleidet waren, bekam ich keine Antwort.



Die alte Ziegelei

Die Alliierten standen in dieser Zeit vor der unvorstellbar schwierigen Aufgabe, den befreiten, unter dem Sammelbegriff „DP – displaced persons“ in Deutschland registrierten über zehn Millionen Menschen aus vielen europäischen Ländern zu helfen und sie wieder in ihre Heimat zurückzuführen. Während die Betroffenen aus den westlichen Ländern wie zum Beispiel Frankreich, Belgien, Niederlande relativ schnell in ihre Heimatländer zurückkehren konnten, ergaben sich für die ehemaligen Gefangenen und zur Zwangsarbeit verpflichteten Arbeitskräfte große Schwierigkeiten. Viele „DP’s“ aus Osteuropa hatten Angst vor der Rückkehr. Polnische Landsleute wurden von den neuen politischen Entwicklungen zur kommunistischen Herrschaft abgeschreckt, die Staatsangehörigen der Sowjetunion und Ukraine befürchteten, zu Hause wegen angeblicher Kollaboration mit den Deutschen schwer bestraft zu werden. Dass diese Angst berechtigt war, wurde durch die brutale Verfolgung der Rückkehrer durch die sowjetischen Machthaber schon bald deutlich erkennbar. Deshalb mussten sie darauf hoffen, in den USA oder irgendeinem anderen Land als Flüchtling aufgenommen zu werden.

In Volkmarsen dauerte es bis Anfang 1947, bis die letzten „DP’s die Stadt verlassen konnten.

Einzelne Männer blieben in der Stadt, arbeiteten bei ihren bisherigen Arbeitgebern, fanden unter den einheimischen Frauen eine Partnerin oder Ehefrau und konnten eine Familie gründen.

Die Betreuung und Rückführung der „DP’s“ wurde unter der Leitung der UN-Hilfsorganisationen UNRRA, später IRO organisiert. Das Hauptquartier dieser Einrichtungen wurde auf Beschluss der Alliierten Ende 1945 in Arolsen eingerichtet, wo parallel der „ITS“ / Internationaler Suchdienst aufgebaut wurde, der heute unter der Bezeichnung „Arolsen Archives“ als weltweit größtes Archiv für die zivilen Opfer der NS-Zeit (UNESCO-Weltdokumentenerbe „Memory of the world“) weiterbesteht.

Turbulenzen beim kommunalpolitischen Neubeginn:

Am 10. April 45 wurde auf Anordnung der Amerikaner der am 1.4.1934 von der NS-Führung abgesetzte Bürgermeister Engel wieder in sein Amt eingesetzt (Bürgermeister von 1920 bis 1934) und der ehemalige Bauernführer zum Stellvertreter ernannt. Da Altbürgermeister Engel (Er wurde 1934 als „nicht tragbar“ von der NS-Partei zum Rücktritt gezwungen, weil er als Nazi-Gegner bekannt war) sich aus Altersgründen nicht in der Lage sah, in diesen schwierigen Zeiten sein Amt länger auszuführen, setzte der neue sozialdemokratische Landrat Röhl (Wolfhagen) am 9. Mai 45 den Steuerberater Josef Kramer als Bürgermeister ein. Gegen diese Entscheidung erhoben der Landwirt Viktor Dicke und weitere einflussreiche Volkmarsener Bürger sofort massiven Protest bei der Militärregierung und setzten schon am nächsten Tag (10. Mai, Himmelfahrt) mit nie ganz geklärten Begründungen die Absetzung des Herrn Kramer durch. Unter Ignorierung der Entscheidung des Landrats ernannte der amerikanische Kommandant Herrn Viktor Dicke (später CDU) zum Bürgermeister, der dieses Amt dann bis 1954 bekleidete. Sein Vorgänger war also nur einen Tag im Amt und wurde als „Himmelfahrtsbürgermeister“ verspottet. Diese Vorgänge im Mai 1945 erwiesen sich über lange Zeit als Störfaktor in der beim demokratischen Neuanfang so notwendigen Zusammenarbeit zwischen SPD und CDU im Volkmarsener Stadtparlament. Am 7. Mai tagte erstmals unter Leitung der Amerikaner ein kommissarisches Stadtparlament, der neu ernannte Bürgermeister Dicke wurde kommissarisches Mitglied des Kreisausschusses des Landkreises Wolfhagen. Ganz eilig war die Entfernung einiger Straßennamen aus der NS-Zeit und die Wiedereinführung der früheren Straßenbezeichnungen. Aus der Hindenburg-, der Schlageter-, der von Richthofen- und der Messerschmidtstraße, (benannt nach einem Nazi-Kämpfer aus Kassel) wurden wieder der Steinweg, der Bühlersteich, die Straße „Am Bahnhof“ [...]

Zur Organisation der Versorgung der Bevölkerung druckte die Stadt eigene provisorische Lebensmittelkarten.

An verschiedenen Stellen vorhandene Vorräte wurden zur Sicherstellung der Versorgung beschlagnahmt.

Am 8. August tagte erstmals ein von der Militärbehörde eingesetzter sechsköpfiger Magistrat, eine weitere Magistratssitzung fand am 21.9.45 statt.

Zeitgeist / Zeitgeschichte 1945 in Volkmarsen

Zitate aus „Chronik der Stadt Volkmarsen“, zusammengestellt und im Auftrag des Bürgermeisters Dicke 1950 verfasst 1950 von Paul Leberecht Kailuweit, unkommentiert herausgegeben 1993 vom Heimat- und Geschichtsverein:

1933: „Der Boykott der Juden setzte ein; ihre Fenster wurden beschmiert und eingeschlagen.

Wieder wanderten einige von ihnen ab.“

1935: „Nürnberger Gesetze – Juden verlassen die Stadt“

- 1938: „Die Streicher´sche antisemitische Politik machte sich langsam auch bei uns bemerkbar. Unter dem Schlagwort „Die Juden sind unser Unglück“ wurde das Volk auf die Judenpogrome vorbereitet. Man demolierte die Synagoge in der Baustraße, der Judenfriedhof wurde eingeebnet. Die noch in der Stadt verbliebenen Juden sperrte man in der ehemaligen Judenschule in der Geilingstraße ein. Es waren dies die Familien Isenberg, Lichtenstein, Rosenstock und Meierhof. Ihres Vermögens hatte man sie beraubt... Es folgt nun auch in diesem Jahr eine beachtliche Zahl von Grundstücksvertauschungen.“
- 1942: „Die in der Judenschule internierten Juden wurden nach Kassel abgeschoben.“
- 1945: „Die Zeit vom Mai bis Juli 1945 wurde von den in der Ziegelei untergebrachten Russen und Polen dazu benutzt, um allerlei Einbrüche und andere Übeltaten zu verüben.“
- 1945: Die Entnazifizierung.
„Zu Anfang des Jahres wurde kein Unterricht gehalten. Nach dem Einmarsch der Amerikaner gab es infolge der Entnazifizierung keinen festen Rektor und auch wechselnde Lehrverhältnisse. Von Mai bis Juni konnte auch die Schule wegen der Belegung mit den Negern nicht zum Unterricht benutzt werden.“
- 1945: „Groß waren die Verluste der Soldaten, Söhnen der Stadt. Andere opferten ihre Gesundheit und von einem großen Teil ist bis heute noch nichts bekannt.“
Es folgt die namentliche Auflistung der 163 Gefallenen mit Todesdatum und Ortsangabe.
- 1946: „Die hiesige Gendarmeriestation ist mit fünf Beamten besetzt. Sie tragen dunkelgrüne Uniformen mit einer sechseckigen Mütze. Die äußere Erscheinung der Polizei steht in keinem Verhältnis zu dem früheren Bild, das wir von der Polizei bzw. der Armee gewöhnt waren. Der Stoff der Uniformen entspricht dem verlorenen Krieg und eine gewisse Saloppheit soll wohl Ausdruck der gelockerten demokratischen Lebensauffassung darstellen“.
- Ende der Zitate -

Persönliche Anmerkungen:

„Man“ demolierte, „man“ sperrte die Juden ein, „man“ hatte sie beraubt. 1942 wurden sie „nach Kassel abgeschoben“. Die Frage, wer „man“ war, wurde 1945 und auch später jahrzehntelang nicht gestellt. Auch über die erwähnten sogenannten „Grundstücksvertauschungen“ und die sogenannte „Einebnung“ des jüdischen Friedhofs wurde nicht berichtet oder diskutiert. Zum Schicksal der Juden fragte niemand danach, wo sie geblieben sind. Die 27 jüdischen Männer, Frauen und Kinder aus Volkmarsen, die während der NS-Herrschaft in den Konzentrations- und Vernichtungslagern ermordet wurden hat man - anders als die gefallenen Soldaten - lange Zeit nicht erwähnt. Auch über die ehemaligen jüdischen Nachbarn, die vor der Verfolgung flüchten konnten und sich unter Zurücklassung ihres Vermögens unter schwersten Bedingungen eine neue Existenz in fremden Ländern aufbauen mussten, sprachen die Volkmarser bis auf wenige Ausnahmen nicht. Die „Entnazifizierung“ wurde nur einmal im Zusammenhang mit dem Schulrektor erwähnt. Ich werde an anderer Stelle auf die vorstehend geschilderten Vorgänge nochmal zurückkommen. Den früheren Uniformen von Polizei und Armee trauerte „man“ wohl noch nach.

Schwierige Umbruchzeiten auch für die Schulkinder und Jugendlichen:

Oft von den Erwachsenen infolge ihrer vielen Alltagsorgen weitgehend unbeachtet, mussten auch die Kinder und Jugendlichen praktisch über Nacht mit völlig neuen Verhältnissen klarkommen. Bis vor wenigen Tagen wurde an jedem Morgen für den „Führer“ gebetet:

*„Unser Führer Adolf Hitler bracht‘ den Segen uns ins Land,
ihn und seine treuen Freunde schütze Gott mit starker Hand.
Möge er noch lange leiten unser deutsches Vaterland“.*

Und jetzt? Diejenigen Lehrerinnen und Lehrer, die mit aller Kraft die Kinder zu überzeugten Nationalsozialisten erziehen wollten, waren plötzlich nicht mehr da. Die von manchen mit Stolz getragenen schönen Uniformen von BDM, Jungvolk und HJ und auch die Trommeln und Fanfaren blieben im Schrank. So vieles, was in der Schule gelehrt worden war, war nun kein Thema mehr. Eltern konnten vielfach selbst noch nicht mit der neuen Situation fertig werden und zogen sich in Sprachlosigkeit zurück. In manchen Familien wurde die nationalsozialistische Einstellung noch lange gepflegt, während die Kinder in der Schule jetzt anders unterrichtet wurden und meistens mit diesem Zwiespalt allein fertig werden mussten. Viele Väter waren im Krieg gefallen, galten als vermisst oder waren in Gefangenschaft. Manche Kinder sahen ihre Väter erst Jahre später wieder oder überhaupt zum ersten Mal (siehe Kapitel „Spätheimkehrer“ an anderer Stelle).

Zurückgekehrte Väter waren oft durch ihre Kriegserlebnisse verstört und traumatisiert; viele Männer waren „Kriegsversehrte“. „Holzbein“ genannte Prothesen, verlorene Gliedmaßen, dauerhaft sichtbare Kopfverletzungen gehörten zum Straßenbild. In den Schulen versahen zahlreiche Lehrer trotz ihrer verletzungsbedingten Einschränkungen ihren Schuldienst.

Besonders bedrückend für Kinder und Mütter war die Situation, wenn die Ehemänner und Väter aufgrund ihrer Verstrickung in das NS-Regime auf unbestimmte Zeit in Darmstadt im Internierungslager eingesperrt waren. Unter den verständlichen Maßnahmen der Amerikaner hatten eben nicht nur die verhafteten Männer, sondern ganz besonders auch ihre Kinder zu leiden, die keine Schuld an den Taten ihrer Väter hatten.

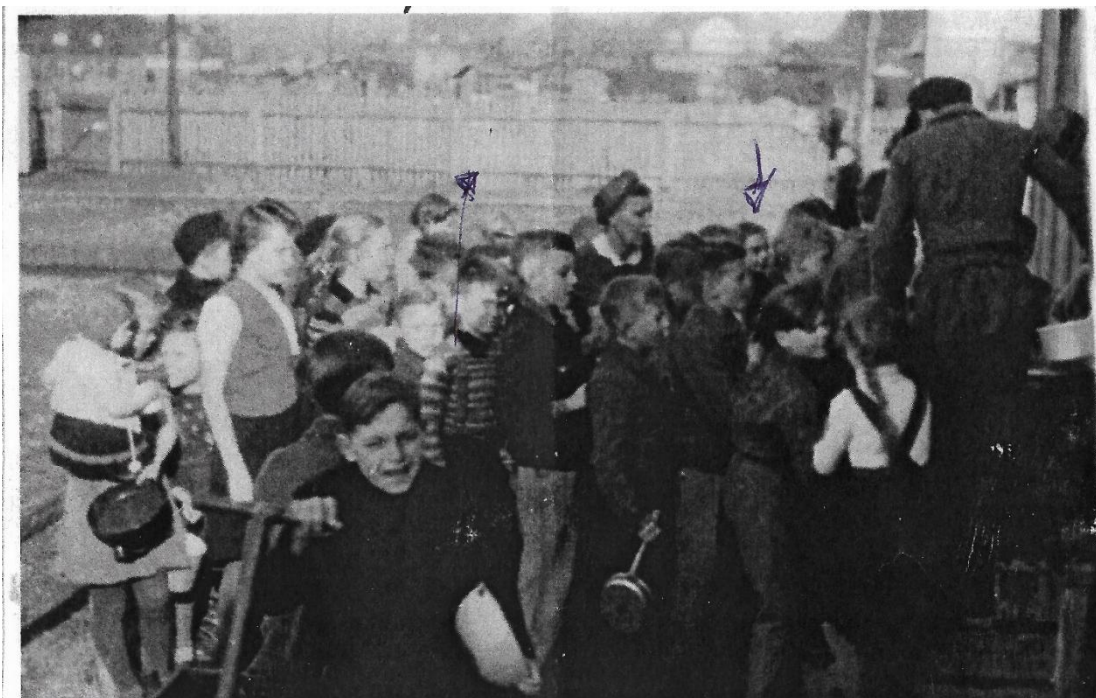
Auch auf andere Weise hatten unschuldige Jugendliche manchmal unter den unmittelbaren Folgen des Krieges und der amerikanischen Besatzung zu leiden:

Der 15-jährige August Schade war froh darüber, dass er vor ein paar Tagen ein paar zurückgelassene Stiefel eines Wehrmachtssoldaten ergattern konnte, denn ganz besonders Schuhwerk war absolute Mangelware. Mit diesen Stiefeln kam er abends vom Ernteeinsatz und wurde auf dem Heimweg auf der Straße von einer Militärstreife festgenommen und in das bei Welda eingerichtete provisorische Kriegsgefangenenlager gebracht, in dem zu dieser Zeit ungefähr 60.000 deutsche Soldaten bei katastrophaler Ernährungslage interniert waren. Aufgrund der Wehrmachtstiefel ging man davon aus, dass August ein Wehrmachtsangehöriger sei. Die Versuche seines Vaters, ihn aus dem Lager befreien, blieben erfolglos. Die Gefangenen des Camps bei Welda wurden nach und nach weitertransportiert und in den berüchtigten „Rheinwiesenlagern“ der Amerikaner inhaftiert. In den ersten Wochen war die US-Armee in allen temporären Gefangenenlagern hoffnungslos überfordert. Die Militärführung hatte beim Vormarsch nicht mit einer solch großen Anzahl von deutschen Kriegsgefangenen gerechnet.

Die Männer, unter ihnen der jetzt 16jährige August, lebten unter härtesten Bedingungen auf freiem Feld und litten unter katastrophalen hygienischen Bedingungen, Hunger, Krankheit und oftmals fehlender Wasserversorgung.

Die Zahl der in diesen Lagern aufgrund der Verhältnisse verstorbenen Soldaten wird von verschiedenen Historikern auf 15.000, teilweise auf bis zu 30.000 Personen geschätzt.

Diese dramatischen Leiden der deutschen Kriegsgefangenen wurden überall von den Zeitzeugen umfassend geschildert und mit großem Mitgefühl beklagt. Das noch viel größere Elend der ab 1941 in deutsche Gefangenschaft geratenen sowjetischen Soldaten wurde aber viele Jahre lang nicht erwähnt. Die Tatsache, dass die Verantwortlichen des NS-Regimes nahezu drei Millionen Gefangene auf brutalste Weise dem Tod durch Hunger und Krankheiten ausgeliefert hatten, fiel lange Zeit genau wie das Schicksal der Holocaust-Opfer unter die Verhaltensweise „Verschweigen, Vertuschen, Verleugnen“. Die Sorgen der Menschen galten dem alltäglichen Existenzkampf und dem Schicksal der eigenen Landsleute, die in Gefangenschaft waren. Die persönlichen Schwierigkeiten, Hunger, Enttäuschung, Trauer, Resignation ließen bei vielen Menschen keinen Raum für Mitgefühl gegenüber denjenigen, die viel stärker von den Folgen der NS-Terrorherrschaft und des Krieges betroffen waren. Erst langsam entwickelte sich auch eine Hoffnung auf bessere Zeiten.



Schulspeisung in Volkmarsen (1950)

Alleinstehende Mütter hatten es besonders schwer, für die Nahrung und Kleidung ihrer Kinder zu sorgen und konnten sich oft nur wenig um sie kümmern. Auch die Jüngsten mussten sich bei der Haus-, Garten oder Feldarbeit am Kampf ums tägliche Brot beteiligen. Besondere Lichtblicke – nach dem ersten Schrecken über bisher nie gesehene schwarze Menschen – waren die kleinen Geschenke, die die kinderfreundlichen amerikanischen Soldaten gern verteilten. Unvergesslich für viele damaligen Kinder war die von den Amerikanern mit Hilfe der von verschiedenen US-Organisationen eingerichtete „Schulspeisung“, durch die die große Zahl von unzureichend ernährten Kindern täglich eine warme Mahlzeit bekamen.

Selbstversorgung in der Kleinstadt:

Anders als in den Großstädten konnten die Menschen auf dem Land mit viel Fleiß und Ideenreichtum selbst dazu beitragen, die schwierige Ernährungslage zu bewältigen. Für die „kleinen Leute“ ohne Landbesitz war der Gemüsegarten von größter Bedeutung. In der Nachkriegszeit befanden sich in der Stadt rund 500 Gärten mit einer Gesamt-Anbaufläche von 20 Hektar. Die Kleintierhaltung mit Ziegen, Gänsen, Hühnern, Kaninchen und teilweise auch Schweinen war ein bedeutender Faktor für die Ernährung vieler Familien. Das Futter für die Tiere wurde vielfach an den Rändern der Feldwege gemäht und mit Handwagen nach Hause transportiert.

Zusätzlich zu den Erträgen aus dem Garten trug auch das Sammeln von Feld- und Waldfrüchten zur Ernährung bei. In Volkmarsen gab es in den Wäldern große Vorkommen an Himbeeren, Heidelbeeren, Walderdbeeren, Brombeeren, Pilzen und vielen anderen essbaren Früchten. In den Sommermonaten waren ganz Scharen von Frauen und Kindern als Sammler unterwegs. Eine besondere Bedeutung hatte das Sammeln von Bucheckern, die in der Ölmühle verarbeitet wurden und oft das einzige Speiseöl für die Haushalte lieferten.

Die meisten Kinder und Jugendlichen waren in die täglichen Arbeitsläufe eingebunden.

Das Füttern der Hühner, Kaninchen und Ziegen, die Besorgung des Futters, das Ausmisten der Ställe, das Hüten der Gänse auf der Weide und vieles mehr gehörte zu den Tätigkeiten, bei denen die Kinder schon voll mit eingespannt waren. Für die Jungen gehörte auch das Holzsammeln und Holzhacken vor der Winterzeit zu den selbstverständlichen Pflichten. Die Mädchen mussten schon früh ihren Müttern im Haushalt bei allen vorkommenden Arbeiten helfen. In den Erntezeiten konnten viele arme Familien ihre Speisevorräte aufbessern durch „Ährenlesen“ und „Kartoffeln stoppeln“ auf den bereits abgeernteten Feldern.



Gänse waren von höchster Bedeutung für die Selbstversorgung

Zur Verhinderung von Diebstählen auf den Feldern oder den städtischen Apfelbaum-Alleen wurden für die gesamte Feldflur drei sogenannte „Feldhüter“ beschäftigt

Neben der ständigen Mitarbeit und dem Schulbesuch blieb für die Kinder oft nur wenig Zeit zum Spielen. Nur wenige Kinder durften damals eine weiterführende Schule besuchen. Die meisten mussten im Alter von 14 Jahren einen Beruf erlernen und oft auch schon als „Lehrlinge“ schwere Arbeiten verrichten.

Aus den Erinnerungen eines damals siebenjährigen Jungen, beispielhaft für das Leben unzähliger Kinder in der Nachkriegszeit:

„Geboren wurde ich am 6.2.1938. Nachdem mein Vater im Krieg 1943 gefallen war, zogen wir nach Volkmarsen zu den Großeltern mütterlicherseits. Abgesehen von den schrecklichen Kriegseignissen nahm das Leben irgendwie seinen Lauf. Wir mussten zwar nicht hungern, doch es war alles sehr bescheiden in den täglichen Bedürfnissen. Die Großeltern waren - wie man so sagte - „Selbstversorger“. Ziegen, Hühner, Schweine, Gänse etc. alles unter einem Dach.

So war ich schon als Kind täglich mit dem Handwagen unterwegs, um Futter für alle Haustiere zu besorgen. Wir hatten in allen Himmelsrichtungen kleine Felder, wo wir für uns und unser Vieh arbeiteten und ernteten.

Um die Felder zu pflügen und die Ernte abzufahren, benötigten wir die Hilfe von zwei Bauern. Diese nahmen für ihre geleistete Arbeit kein Geld - es war ja auch keins vorhanden -, sondern unsere Mutter, meine Schwester und ich und auch unser Opa mussten Gegenarbeiten leisten, unsere Arbeit wurde aber schlecht zu unseren Ungunsten gegengerechnet. Für mich bedeutete dies, wenn die Schule aus war, ab zu den Bauern: Rüben oder Kartoffeln ausmachen, Halmfrucht mähen wie Roggen, Weizen, Hafer. Schularbeiten mussten dann eher so nebenbei gemacht werden. Dies hatte zur Folge, dass die schulischen Leistungen so im Durchschnitt, d.h. genügend bis ausreichend lagen. Wenn eine Klassenfahrt gemacht werden sollte, konnte ich von zuhause kein Geld erwarten. Dafür musste ich selbst sorgen. Meine Mutter hatte nur eine geringe Witwenrente. So sammelte ich morgens vor der Schule - oft ab vier Uhr - Schnecken, Schrott, Buntmetall, Papiertüten oder Kräuter zur Herstellung von Tee. Dies machte ich solange, bis ich das Geld zusammen hatte. Es war alles sehr mühsam, aber ich wollte ja bei der Klassenfahrt dabei sein...“

Aus meiner eigenen Erinnerung:

Neben dem Mangel an Nahrungsmitteln belastete auch der Mangel an Kleidung das tägliche Leben. Insbesondere die Mütter und Großmütter haben in diesen Zeiten Großartiges geleistet, um mit Stricken, Stopfen, Flickern und Umarbeiten alter oder zu klein gewordenen Kleidungsstücke dafür zu sorgen, dass die Kinder einigermaßen ordentlich gekleidet zur Schule gehen konnten.

Für die jüngeren Kinder in den Familien war es selbstverständlich, dass sie die oft schon ziemlich abgetragenen und mehrfach reparierten Textilien ihrer älteren Geschwister trugen. Die Neuanschaffung einer Hose oder eines Kleides war eine Seltenheit. Auch der Schulranzen war oft schon viele Jahre von den Vorbesitzern genutzt worden. Defekte oder zu klein gewordene Schuhe wurden beim Schumacher repariert oder auch verlängert.

Übrigens: Trotz der vielfach sehr eingeschränkten Lebensverhältnisse ist nach meiner Erinnerung damals kein Kind ohne ein – wenn auch oft sehr bescheidenes – Schulbrot zur Schule gekommen, auch die ärmste Mutter machte dies unter großen Anstrengungen und eigenen Entbehrungen möglich. Das Wort „armutsgefährdet“ wäre in diesen Zeiten sehr zutreffend gewesen, wurde aber nicht ausgesprochen.

Überfüllte Schulen: Eine nur schwer zu bewältigende Herausforderung für die Behörden, die Lehrerschaft und alle Verantwortlichen, aber auch für die Schulkinder war die Tatsache, dass sich durch den Zuzug der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen die Anzahl der Schülerinnen und Schüler ganz erheblich vergrößert hatte. Es fehlte an Lehrkräften, Räumlichkeiten, Heizmaterial und auch an Lernmitteln, da die bis zum Kriegsende verwendeten NS-Unterrichtsmittel zu einem großen Teil nicht mehr genutzt werden konnten.

Die bisher in der städtischen Schule vorhandenen acht Klassenräume reichten bei weitem nicht mehr aus, da die Zahl der Schulkinder inzwischen auf rd. 800 gestiegen war. Trotz der zusätzlich wieder genutzten Räume in der 1939 von den NS-Behörden geschlossenen evangelischen Schule waren weitere Maßnahmen notwendig. In den einzelnen Klassen mussten bis zu 48 Kinder unterrichtet und teilweise ein „Schichtunterricht“ eingeführt werden, sodass nach dem Vormittagsunterricht eine weitere Klasse mittags oder nachmittags den gleichen Klassenraum nutzen konnten. Später wurde noch eine zusätzliche Klasse im Flüchtlingslager eingerichtet (sh. Kapitel „Flüchtlingslager“).

In meiner Schulklasse stand als einzige Wärmequelle ein kleiner sogenannter „Kanonenofen“, der mit Holz und manchmal mit ein wenig Kohle beheizt wurde. Den in der Nähe des Ofens sitzenden Schulkameraden war es dann manchmal unerträglich heiß, während die anderen, weiter weg sitzenden eher gefroren haben.

Trotz aller dieser den Unterricht erschwerenden Umstände kann ich aus eigener Anschauung feststellen, dass uns die Lehrer eine sehr gute Grundschul-Ausbildung vermittelt haben. Eine äußerst negative Begleiterscheinung dieser Zeit war aber die Tatsache, dass einige Lehrer die Kinder oft rücksichtslos und brutal behandelten. „Kopfnüsse“, Rippenstöße und Stockschläge waren bei manchen „Pädagogen“ keine Seltenheit. Die Eltern - wahrscheinlich noch zu sehr mit dem Zeitgeist der Vergangenheit behaftet – schritten gegen diese Wüstlinge im Lehrerberuf leider nicht ein. Nach heutigen Kriterien wären diese zu Recht im Gefängnis statt in der Schule.

Ein tragisches Ereignis erschütterte alle Kinder und Erwachsenen am 10. Juni 1945:

Die Jungen Theodor und Werner Diste starben beim Spiel mit einer aufgefundenen Granate!

Wie aus Waffen Hausrat wurde – Not macht erfinderisch

Für viele Menschen, insbesondere für die hinzugezogenen Flüchtlinge, waren Hausrats-Gegenstände Mangelware. Es gab aber riesige Bestände an Kriegsschrott und Militärartikeln wie Stahlhelmen, Munitionshülsen, Gasmasken, Zelten, Fallschirmseide und vieles andere mehr.

Geschickte Handwerker stellten zum Beispiel aus Stahlhelmen Küchensiebe oder Töpfe her. Aus Blechen entstanden Dosen, Becher, Kaffeekannen, Essgeschirr und andere Gebrauchsgegenstände. Besonders begehrt waren Messinghülsen der Granaten (in großem Umfang in der ehemaligen Munitionsfabrik bei Wolfhagen vorhanden), aus denen Tablett, Kerzenständer, Aschenbecher, Obstschalen, Serviettenhalter und andere Artikel des etwas gehobeneren Bedarfs hergestellt und oft gewinnbringend verkauft oder gegen Lebensmittel eingetauscht wurden.

Flucht und Vertreibung -

Der Zuzug der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen / Das Flüchtlingslager in Volkmarsen:

Ab 1944/1945 waren zwölf bis vierzehn Millionen Deutsche betroffen von Flucht und Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten, den im Krieg von den Deutschen besetzten Ländern und verschiedenen deutschsprachigen Siedlungsgebieten in Ost- und Südeuropa. Im Winter 1944/45 flüchteten Hunderttausende

- überwiegend Frauen, Kinder und alte Menschen - aus Ostpreußen und Pommern vor den immer schneller näher rückenden Kampftruppen der Roten Armee. In den nächsten Wochen und Monaten setzte die Massenflucht aus Schlesien und anderen Regionen ein. Viele tausend Menschen starben während der oft monatelangen Flucht an Hunger, Kälte, Krankheiten und Kriegseinwirkungen. Sofort nach Kriegsende begann die gewaltsame, oft unter brutalen Begleitumständen erfolgte Vertreibung deutscher Minderheiten, die in Polen, Tschechien, Ungarn oder anderen osteuropäischen Ländern ansässig waren. Weitere erzwungene „Aussiedlungen“ erfolgten gemäß dem Beschluss der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945. Die Briten und Amerikaner stimmten damals der von Stalin geforderten Westverschiebung Polens zu. Es wurde eine kollektive Umsiedlung der Deutschen beschlossen, man sah trotz einiger Bedenken auf westlicher Seite darin eine Möglichkeit, zukünftige Konflikte zu verhindern. In Potsdam wurde ausdrücklich vereinbart, dass die Umsiedlung „in ordnungsgemäßer und humaner Weise“ durchgeführt werden sollte. Dass die Wirklichkeit anders aussah, wurde in unzähligen Zeitzeugenberichten und historischen Dokumentationen nachgewiesen.

Zitat des amerikanischen Professors Ray M. Douglas:

„Wenn Vertreibungen nicht schnell durchgeführt werden, sind sie nicht praktikabel, und wenn sie schnell durchgeführt werden, sind sie nicht human.“

Die rund drei Millionen Deutschen, die ihre angestammte Heimat im Sudetenland verlassen mussten, hatten oft ganz besonders unter den Ausschreitungen eines Teils der durch die Gewalttaten der Nazis verbitterten tschechischen Bevölkerung zu leiden. Einer der unzähligen Ausweisungs-Transporte kam am 18. Mai 1946 in Wolfhagen an, von wo die Menschen sofort auf die verschiedenen Orte des Landkreises aufgeteilt wurden, die meisten stammten aus dem Bezirk Asch und der Gemeinde Roßbach, einem Grenzgebiet im nordwestlichen Zipfel des Sudetenlandes bzw. der Tschechoslowakei.

Auszüge aus Zeitzeugenberichten:

„Die Ausweisung erfolgte in Viehzügen. Ein Transportzug bestand aus 40 Viehwaggons, besetzt mit je 30 Personen und Gepäck in qualvoller Enge. Jeder durfte nur die Kleider, die er am Leibe trug und als einziges Hab und Gut 30 kg Gepäck mitnehmen.“

„Ich wurde im Juli 1939 in Roßbach geboren, einer Marktgemeinde mit Industrieschwerpunkt Stoffherstellung/Webereien. Allein aus Roßbach kamen nach Volkmarsen fünfzehn Familien. Am Zielort wurden wir mit Pferdewagen abgeholt und auf verschiedene Häuser verteilt. Meine Mutter und ich wurden an einem Bauernhof auf dem Steinweg abgesetzt und saßen vor der Tür, weil die Bauernfamilie auf dem Feld war. Am Abend war die Begegnung. Wir wurden erst skeptisch aufgenommen, aber schon nach einigen Tagen wurden wir akzeptiert und fühlten uns auf kleinstem Raum geborgen. Mein Vater kam später aus der Gefangenschaft direkt nach Volkmarsen und fand Arbeit auf der Ziegelei“. (Wie so viele andere Neubürger baute auch die Familie des Zeitzeugen später in einem neuen Siedlungsgebiet der Stadt ein zweistöckiges Wohnhaus und schuf dadurch Wohnraum nicht nur für den Eigenbedarf, sondern auch für Mieter.)

Aus den Aufzeichnungen der evangelischen Kirchengemeinde:

„Eine weitere Kriegsfolge war der starke Zuzug von Menschen aus dem Osten, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden und auch hier in Volkmarsen eine neue Bleibe suchten. Aus dem Böhmerland kamen zwar überwiegend Katholiken hierher, doch erhielt auch die evangelische Gemeinde einen kräftigen Zuwachs durch Einwohner aus Roßbach sowie durch Ost- und Westpreußen, insgesamt 150 neue Gemeindeglieder. Vielfach mussten sie erst in ein Barackenlager ziehen, bis ihnen, oft nach langem Warten, eine Wohnung zugewiesen wurde. Unter ihnen befanden sich auch junge Menschen, die bisher ohne jede kirchliche Bindung groß geworden waren. Sie erhielten hier erstmals kirchlichen Unterricht und wurden dann in der evangelischen Kirche konfirmiert“.

Verengter Blick auf das eigene Schicksal:

In den aus sehr verständlichen Gründen von den Betroffenen beklagten dramatischen Umständen ihrer Flucht oder gewaltsamen Ausweisung wurde bei meinen Begegnungen mit Zeitzeugen weitgehend ausgeblendet, dass alles erlittene Leid die Folge des durch Nazi-Deutschland verübten Vernichtungskriegs und der in den besetzten Gebieten von Deutschen verübten ungeheuren Verbrechen war. Ebenso weitgehend unbeachtet blieb die Tatsache, dass auch mehrere Millionen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion, aus Polen, dem Baltikum und anderen Regionen auf Betreiben des Stalin-Regimes ihre Heimat verlassen mussten und zum Teil sogar deportiert wurden. Auch das Schicksal der verschwundenen jüdischen Nachbarn, ihre zwangsweise Verschleppung und Ermordung war in der Nachkriegszeit nur für wenige Deutsche ein Grund, darüber nachzudenken oder gar nachzuforschen. Es liegt wohl in der Natur der Menschen, dass das eigene Leid den Blick für Mitmenschen überschattet.

Der in dieser Größenordnung noch nie dagewesene Zustrom der Flüchtlinge und Vertriebenen stellte die deutschen Behörden und auch die Besatzungsmächte vor kaum lösbare Aufgaben. Jede Stadt und jedes Dorf in Deutschland mussten sich an der Aufnahme der Neuankömmlinge beteiligen. Die Unterbringung erfolgte zunächst in Lagern, Baracken und durch Anordnung der lokalen Behörden in Privathäusern. 1946 werden in Deutschland 9,6 Millionen Flüchtlinge gezählt, 1950 lebten ca. acht Millionen in der Bundesrepublik und ca. vier Millionen in der DDR. In der bis dahin nur ca. 3.500 Einwohner zählenden Stadt Volkmarßen wurden 1946/47 genau 779 Evakuierte aus Kassel und anderen Großstädten und dazu 821 Flüchtlinge aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie, aus der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Polen und Jugoslawien registriert. Die Baracken, in denen bis vor kurzem die russischen Kriegsgefangenen lebten, das leerstehende Amtsgericht und verschiedene „Behelfsheime“ wurden nun zur Aufnahme der wohnungslosen Familien genutzt. Ein neu gebildeter „Fürsorge- und Flüchtlingsausschuss“ und die „Wohnungskommission“ bemühten sich im Rahmen ihrer eingeschränkten Möglichkeiten nach besten Kräften, um den dringend benötigten Wohnraum, aber auch Kleidung, Möbel und Dinge für den täglichen Gebrauch zur Verfügung zu stellen. Als Hilfe zur Selbstversorgung wurden auf städtischen Grundstücken Gemüsegärten angelegt und an die Neubürger zur Nutzung für ein geringes Entgelt verpachtet. Zur Verringerung der Wohnungsnot baute die Stadt unter anderem in 1946 zwei einfache Reihenhäuser-Anlagen mit 16 Wohnungen und kaufte von der Firma Schneider fünf als Musterhäuser gebaute Fertighäuser. Diese sog. „Schneider-Häuser“ werden nach verschiedenen Modernisierungsmaßnahmen auch heute noch bewohnt. Gleichzeitig wurden umfangreiche Erschließungsmaßnahmen durchgeführt, um Bauland bereitzustellen. Schon bald begann mit einfachsten Mitteln eine rege Wohnungsbau-Tätigkeit.

Das Flüchtlingslager in Volkmarßen und die „Dänemark-Flüchtlinge“:

Auf einer landwirtschaftlichen Fläche an der Lütersheimer Straße wurde 1946 mit Holzbaracken ein Flüchtlingslager errichtet zur Erstaufnahme, aber auch als „Regierungs-Flüchtlings-Durchgangslager“ und sogenannte „Grenzleitstelle“. Wie ich später herausfand, wurden die Baracken aus Hessisch-Lichtenau herbeigeschafft, wo sie bis zum Kriegsende zur Unterbringung von Zwangsarbeitern genutzt wurden. Seit März 1946 lebten überwiegend Heimatsuchende aus Ostpreußen und Schlesien im Lager, die Versorgung erfolgte durch die Lagerküche. Von Volkmarßen aus wurden die Bewohner – oft erst nach monatelangem Aufenthalt - auf Anweisung der Behörden weitergeleitet zur Aufnahme in anderen Städten und Gemeinden. Die vielen im Lager lebenden Kindern wurden in einer eigens dafür eingerichteten „Lagerklasse“ von Herrn Dr. Arno Kieselbach unterrichtet.



Kinder im Flüchtlingslager mit Herrn Nohner, rechts: Die "Lagerschule"



Die Baracken des Flüchtlingslagers. Im Hintergrund die ersten Neubauten im Siedlungsgebiet „Scheidfeld“

Insgesamt wurden ca. 160.000 Personen im Lager aufgenommen und nach und nach per Bahn oder mit Bussen in andere Orte weitergeleitet. Nach dem ersten großen Zustrom von Flüchtlingen, die direkt aus den Ostgebieten kamen, wurden später überwiegend die so genannten „Dänemark - Flüchtlinge“ zur Erstaufnahme in Volkmarsen betreut. Dies waren deutsche Flüchtlinge, überwiegend Frauen und Kinder, die während des Vormarschs der russischen Truppen aus Ost- und Westpreußen über die Ostsee nach Dänemark flüchten konnten.

Mit Hitler-Befehl vom 4.2.1945 war das noch unter deutscher Besatzung stehende Dänemark gezwungen worden, die mit einer Vielzahl von Schiffen über die Ostsee dorthin gebrachten Menschen aufzunehmen und in Wehrmachtsbaracken, unter Zwang geräumten Schulen und privaten Wohngebäuden unterzubringen. Bis zur Kapitulation der Deutschen erfolgte die Verpflegung durch die Wehrmacht, danach stand das nun befreite Dänemark vor der Herausforderung, die Verantwortung für die ca. 250.000 Flüchtlinge zu übernehmen.

Auf Grund der vielen schlechten Erfahrungen während der deutschen Besatzung waren die angekommenen Deutschen aus nachvollziehbaren Gründen in Dänemark nicht willkommen.

Sie wurden in dafür eingerichteten Sammellagern hinter Stacheldraht interniert, der einheimischen Bevölkerung war der Kontakt streng verboten. Die dänischen Behörden hatten die Absicht, alle Internierten schnellstmöglich nach Deutschland abzuschieben. Der Alliierte Kontrollrat ordnete jedoch an, dass die Flüchtlinge wegen der chaotischen Verhältnisse in Deutschland zunächst im Land bleiben müssten. Wegen der unzureichenden Versorgungslage herrschte in den Lagern große Not, in der ersten Phase war die Todesrate und insbesondere die Kindersterblichkeit erschreckend hoch. Erst nach entsprechenden Anweisungen der Alliierten konnte die Ausreise organisiert werden; die letzten Dänemark-Flüchtlinge verließen das Land am 15.2.1949. Fast für die Hälfte der Betroffenen, etwa 120.000 Menschen, wurde das Durchgangslager Volkmarsen die erste Anlaufstelle in der Bundesrepublik. Aus einem Bericht des Mitteilungsblatts der Landsmannschaft Ostpreußen vom 1.9.1949:

„Na Kurt, beeil dir doch, immer zackerierst du rum, komm pack die Koffer an! Das war einer von vielen Aussprüchen am Sonabend, dem 13. August, die von irgendeiner Mutter ausgestoßen wurde... Eifrig wird im Lager Volkmarsen verladen. Heute sind es 64 Personen, die in die Gebiete Wiesbaden, Offenbach, Frankfurt, Gelnhausen und Darmstadt eingewiesen werden. Die Zurückbleibenden helfen, wo sie nur können. Auch sie erwarten den Tag ihrer Abreise mit Ungeduld. Denn zum ersten Mal reisen sie nun mit Einzelfahrkarte! ... Sie hoffen, endlich ein kleines, eigenes Zuhause aufbauen zu können. Sie wollen so gern Verantwortung übernehmen, die ihnen bisher Lagerführer Meier als Beauftragter der Regierung weitgehend abnahm. Überhaupt loben sie alle das Lager, auch die Grenzgänger, die nach der englischen Zone versandt werden. Es ist hier alles prima in Ordnung, hört man immer wieder. War man doch vier Jahre lang hinter dänischem Stacheldraht gefangen gehalten und hatte alle Leiden und Entbehrungen gemeinsam ertragen. Acht Personen bleiben in Volkmarsen. Sie haben hier eine Bleibe gefunden und fühlen sich wohl“...

Das Flüchtlingslager Volkmarsen bestand noch bis zum Jahr 1960 und diente zur ersten Aufnahme von vielen Vertriebenen, Spätaussiedlern, Flüchtlingen aus Polen, der Sowjetunion, Ungarn (nach dem von der Sowjetmacht niedergeschlagenen Freiheitskampf der Ungarn im Jahr 1956) und anderen Ländern. Darunter waren auch zahlreiche ausländische Heimatlose, wie zum Beispiel die aus der Ukraine im Krieg zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppten Eheleute Osedosi. Sie lebten bis 1955 im Lager und bekamen hier 1949 ihren Sohn Werner. Aus Angst vor Verfolgung in der sowjetisch beherrschten Ukraine wollten sie nicht mehr in ihre Heimat zurück, sie konnten 1955 in die USA auswandern.

Diese für die kleine Stadt Volkmarsen besondere Phase der Nachkriegszeit ist heute total dem Vergessen preisgegeben. Das Lager ist spurlos verschwunden, keine Informationstafel und auch keine der Bedeutung gerecht werdende Dokumentation erinnert an die vorstehend geschilderten Ereignisse. Das Gleiche gilt ebenso für die Baracken des Lagers für die russischen Kriegsgefangenen und viele andere Zeugnisse der Zeit nach 1945.



Zum Abschluss dieses Kapitels zitiere ich das zum „Tag der Heimat 2014“ vom Bund der Vertriebenen verfasste Statement:

„Flucht und Vertreibung von 12 bis 15 Millionen Deutschen bis weit nach Ende des Zweiten Weltkrieges war die größte Zwangsmigration in der europäischen Geschichte. Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen war rückblickend ein Erfolg, der zu den größten Leistungen Deutschlands nach 1945 zählt. Der Weg dahin war jedoch von einer Vielzahl menschlicher Härten, Leid der Betroffenen und Spannungen zwischen Alteingesessenen und Neuankömmlingen geprägt. Lange blieb unklar, ob die Entwicklung positiv sein würde. Fehlender Wohnraum, Mangelernährung, soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung begleiteten den Weg zum Miteinander in Deutschland. Der Wille der Vertriebenen, das Land aus den Trümmern des Krieges mit aufzubauen sowie für ein Europa in Frieden zu arbeiten war wesentlicher Teil des Erfolges“.

Das "Kreuz des Ostens" auf dem Scheid in der Nähe des Siedlungsgebietes „Scheidfeld“, errichtet von den Heimatvertriebenen um 1950

Der Jüdische Friedhof, die Synagoge, das jüdische Schulhaus:

Der erste jüdische Friedhof in Volkmarsen befand sich an der „Judenwarte“ an der Landstraße nach Herbsen, wurde aber ab 1845 nach der Anlage des neuen Friedhofs in Stadtnähe nicht mehr belegt.



links: Der 1845 aufgegebene erste jüdische Friedhof an der Judenwarte (Aufnahme um 1900), rechts: heutiger Zustand, ehemaliger Friedhof nicht mehr erkennbar

Nach jüdischem Brauch blieb der alte Friedhof aber einschließlich der vorhandenen Grabsteine erhalten. Während der NS-Zeit eignete sich die Stadt Volkmarsen das Grundstück an und verkaufte es später gegen alle geltenden Regeln an einen Landwirt. Die ehemalige Begräbnisstätte ist restlos verschwunden, eine Hinweistafel existiert nicht.

Auf dem neuen Friedhof am Erpeweg befanden sich im Jahr 1938 noch 111 Grabsteine, die Inschriften wurden in diesem Jahr von Herrn Baruch Wörmser dokumentiert. Kurz darauf wurden unter Mitwirkung der Stadt sämtliche Grabsteine beseitigt und zerschlagen. Die Bruchstücke wurden zur Wege- und Uferbefestigung benutzt, alle an die jüdischen Einwohner erinnernden Spuren wurden beseitigt. Ein Teil des Friedhofs wurde als Holzlagerplatz genutzt.



Davidstern am Eingangstor des jüdischen Friedhofs in Volkmarsen



Reste der in der NS-Zeit zertrümmerten Grabsteine

Nach Kriegsende mussten aufgrund von Hinweisen der VVN auf Befehl der amerikanischen Militärbehörden die Reste der zerstörten Grabmale ausgegraben und zur Errichtung eines Mahnmals verwendet werden. In Umsetzung der behördlichen Anordnungen wurde im hinteren Bereich des Friedhofs in 1947/48 aus den Bruchstücken eine Mauer errichtet und ein Monument mit einer Gedenktafel gebaut. Bezeichnend für die Haltung der in der Nachkriegszeit in Volkmarsen Verantwortlichen ist der Text des Schreibens der „VVN-Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes für die Kreise Waldeck und Frankenberg“ vom 17.11.1947 an die Stadt:

„Betr. Instandsetzung des Judenfriedhofes. Bei der letzten Besichtigung des Judenfriedhofs in Volkmarsen am Sonnabend, den 15. November 1947, haben wir feststellen müssen, dass trotz der Vereinbarung welche im August 1947 mit Ihnen besprochen worden ist und trotz Aufforderung des Staatsministers Dr. Epstein die Anordnung nicht durchgeführt wurden.

1. Wurde doch vereinbart, dass der Judenfriedhof eingezäunt werden sollte.
2. Sollten die Steine aus dem Weg herausgerissen werden

Ich bitte, dass auf schnellstem Wege dafür gesorgt wird, dass zu mindestens die Ostseite (d.h. die Seite zum Sägewerk) des Zaunes fertig gemacht wird, denn so viel wir feststellen konnten, werden jetzt menschliche Bedürfnisse zwischen den Steinen erledigt. Wir wollen bis jetzt nicht glauben, dass dieses hier mit Absicht geschieht. Sollten wir allerdings einen dabei erwischen, so wird er seinen eigenen Dreck fressen müssen...

Der Leiter der VVN“

Danach wurden die Anordnungen der Behörden umgesetzt. Der Text der an dem aus Bruchstücken der Grabsteine gebauten Mahnmal angebrachten Gedenktafel (in Deutsch und Hebräisch) bezieht sich nur auf die zerstörten Grabsteine, es fehlt jeglicher Hinweis auf das Schicksal der deportierten und ermordeten Juden:

Hier ruhen in Frieden die jüdischen Mitglieder
der Gemeinde Volkmarsen
Ihre Grabsteine wurden zerschmettert und
zerkleinert und sind hier zu einem Gedenkstein vereint.
Gott möge ihnen jetzt ewige Ruhe gönnen



Der jüdische Friedhof - Die 1948 errichtete Gedenkstätte, Ansicht von oben

Die Einweihung der Gedenkstätte fand am 12. Juli 1948 statt.

Auszüge aus dem Presseartikel der „Hessischen Nachrichten“ vom 13. Juli 1948:

„Jüdischer Gedenkstein eingeweiht - Dem Gedächtnis der Mitglieder der israelitischen Gemeinde in Volkmarsen“

Ein jüdischer Gedenkstein wurde in Anwesenheit der israelitischen Gemeinde Kassel am Sonntag vom Staatskommissar für die rassistisch Verfolgten, Dr. Epstein, in Volkmarsen eingeweiht. An der Feier nahmen neben jüdischen Vertretern aus Kassel, Frankfurt und Hofgeismar Regierungspräsident Dr. Hoch, Oberbürgermeister Seidel und Polizeipräsident Schöny aus Kassel, Oberinspektor Witkugel für den verhinderten Landrat, Bürgermeister Dicke, die Geistlichkeit und Stadtverordnete von Volkmarsen teil. Die Sonne sandte ihre sommerlich warmen Strahlen auf die Versammelten, als der Vorsteher der Kasseler Gemeinde, Dr. Levi, die Ehrengäste begrüßte und Dr. Epstein die Festrede hielt. Epstein betonte, Hass, Unfriede und Kampf hätten den Menschen noch nie Glück gebracht. Die Überlebenden und Glaubensbrüder der sechs Millionen hingemordeter Menschen erwarten Liebe und Verständnis von ihren Mitbürgern. Das sei die beste Wiedergutmachung, eine bessere, als sie Gesetze erreichen können. Die schwarze Hülle fiel vom Gedenkstein, an dessen Sockel eine Tafel zur Erinnerung an die früheren Mitglieder der jüdischen Gemeinde Volkmarsen angebracht ist. Der Stein und dessen Umfriedung mussten zuvor aus der Erde geborgen werden, in der sie während der Nazijahre verscharrt wurden [...] Regierungspräsident Dr. Hoch versprach [...] den Stein in seine Obhut zu nehmen. Oberinspektor Witkugel gab der Hoffnung Ausdruck, dass aller Hass der Liebe weichen werde. Bürgermeister Dicke übernahm für die Stadt die Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass nicht wieder Bubenhände die Weihestätte entwürdigen...“



Joanna Brent aus Australien am Grabstein von Johanna Hüneberg-Bernstein



Ilse Lichtenstein Meyer an der Gedenkstätte von 1948

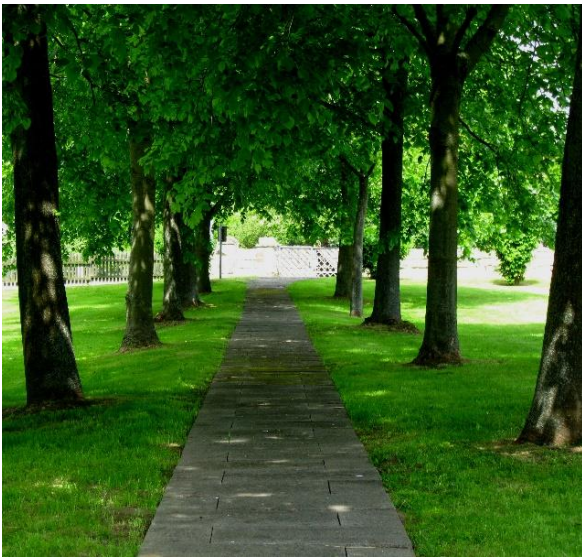
Die am 12.7.48 ausgesprochenen Aussagen überlebten den Tag der Einweihung nicht!

Die Wünsche des Dr. Epstein auf „Liebe und Verständnis“ erfüllten sich ebenso wenig wie die Hoffnungen des Herrn Witkugel, dass „aller Hass der Liebe weichen werde“. Auch die von Bürgermeister erwähnte Verpflichtung in Bezug auf „Bubenhände“ (er wusste genau, dass der Friedhof auf Veranlassung der Stadt zerstört worden war) war wohl schnell vergessen. Die Gedenktafel wurde irgendwann zerschlagen (und in aller Stille erneuert), das ganze Gelände nur unzureichend gepflegt, obwohl das Land Hessen den Kommunen eine nach der Größe der Fläche berechnete Aufwandsentschädigung bezahlt. Der Friedhof existierte nur im Verborgenen. Der Zustand wurde in der Diplomarbeit von Eva Grulms und Bernd Kleibl (1981) mit eingefügten Fotos wie folgt dokumentiert:

„Zaun: Jägerzaun. Begleitende Großvegetation: keine. Eingangstor: ein Tor fehlt ganz.“

„Wiese extensiv gepflegt, besonders im Bereich des Ehrenmales.“

„Der etwas desolate Zustand des Friedhofs, der auf mangelnde Pflege zurückzuführen ist, wird unterstützt durch die Lage zwischen Wohnbebauung, Eisenbahngleisen, Grabeland und einer recht stark befahrenen Straße mit anschließendem Gewerbegebiet. Das Fehlen jeglicher Großvegetation als prägendes Element lässt eher den Eindruck von Bauerwartungsland beim Betrachter entstehen.“



Dieser Bericht veranlasste mich Anfang der 1980er Jahre zu verschiedenen Aktivitäten auf ehrenamtlicher Basis. Zunächst konnte ich nach anfänglichen Schwierigkeiten die Anpflanzung von zwölf Bäumen beiderseits des Weges zum Mahnmal erreichen.

Nach längerer Vorbereitung und viel Überzeugungsarbeit wurde später auf Initiative von mir und meiner Frau Brigitte der vordere Bereich des Begräbnisplatzes neugestaltet. Der marode Jägerzaun wurde durch eine 18m lange Sandsteinmauer ersetzt, auf der auf 25 Edelstahltafeln an die ermordeten Männer, Frauen und Kinder der Jüdischen Gemeinde erinnert wird. Auf diese Weise wurden die Holocaust-Opfer symbolisch wieder in die Stadtgemeinschaft aufgenommen, aus der sie von ihren eigenen Landsleuten in den Tod getrieben worden waren.



Vor der Mauer wurde ein ca. 100 qm großer, ebenfalls mit Sandsteinen gepflasterter Platz geschaffen, dem ich den Namen „Platz der gegenseitigen Achtung“ gewidmet habe. Leider wird der mit diesem Namen verbundene Aufruf auch in der heutigen Zeit längst nicht von allen Mitmenschen beherzigt. (Ausführliche Beschreibung der Anlage unter www.ernstklein-volkmarsen.de / Rubrik Jüdischer Friedhof)



Anders als bei der auf Anordnung der Behörden eher widerwillig erfolgten Errichtung des Mahnmals in 1948 ist die Gedenkmauer das Ergebnis intensiven bürgerschaftlichen Engagements. Die Finanzierung erfolgte mit Unterstützung des Landes Hessen, aber auch durch Spenden und viele ehrenamtlich geleistete Arbeitsstunden. Die Beteiligung der Stadt an der Verwirklichung dieses Projekts hielt sich in bescheidenen Grenzen.

Die Synagoge

Während des 18. Jahrhundert versammelte sich die jüdische Gemeinde zur Ausübung ihrer Religion in Privathäusern. Um 1830 konnte sich die auf etwa 40 Familien angewachsene Gemeinde eine Synagoge bauen.

Wegen der beengten Bebauung in der Volkmarser Altstadt wurde das Synagogengebäude im Garten hinter einem Wohnhaus in der Baustraße 11 errichtet. Das Bauwerk war ein zweigeschossiges Fachwerkhaus mit Satteldach, der Zugang erfolgte über die Baustraße und die Straße „Popenteich“. Der Eingang war auf der Traufseite, im Erdgeschoss befand sich ein Ritualbad mit Zugang von außen. Der Innenraum war mit einer Empore und einer Kuppel im Dachbereich ausgestattet. Nur kurze Zeit später konnten die Volkmarser Juden auch ihr eigenes Schulhaus in der Geilingstraße fertigstellen.

Durch den Fortzug vieler Gemeindemitglieder und der damit verbundenen Überalterung waren die noch verbliebenen jüdischen Familien mit der Unterhaltung von zwei Gebäuden Anfang der 1930er Jahre total überfordert. Da der Besitzer des Vorderhauses in der Baustraße das hintere Gebäude gern erwerben wollte, verkaufte der Gemeindevorstand schweren Herzens das Synagogengebäude. Ab 1938 wurden nun die Gottesdienste im jüdischen Schulhaus in der Geilingstraße abgehalten.

Da sich die ehemalige Synagoge im November 1938 schon in Privatbesitz befand, gab es hier am 9. November keine gewaltsamen Zerstörungen. Das Gebäude wurde jedoch nach und nach völlig umgebaut und zu Wohnzwecken genutzt. Im Zuge der Umbaumaßnahmen wurden die Kuppel und die Empore entfernt und eine Dachgaube eingebaut. Im heutigen Zustand kann man an dem immer noch als Wohnhaus genutzten Fachwerkbau nicht mehr erkennen, dass dies über einen Zeitraum von ca. 100 Jahren eine Synagoge war. Eine Hinweistafel zur Geschichte des Gebäudes existiert nicht.

Schwer nachvollziehbar ist das Verhalten der Stadt Volkmarsen nach 1945. Auf eine Anfrage des für Rückerstattungsverfahren zuständigen Amtes erteilte Bürgermeister Dicke mit Schreiben vom 8. Juni 1949 folgende schriftliche Auskunft: „Jüdische Synagoge wurde bereits 1932 von dem damaligen Vorsteher der jüdischen Kultusgemeinde an den seinerzeitigen Nachbarn verkauft, da die Synagoge nur aus einem kleinen, baufälligen Raum bestand. Der Raum ist damals abgerissen worden und ein Wohnhausneubau auf diesem Platz ausgeführt worden. [...] An Gebäuden und Inneneinrichtungen kein Schaden entstanden. Volkmarsen, den 8. Juni 1949. Der Bürgermeister“. Auf die Anfrage der IRSO (Jewish Restitution Successor Organisation) vom 2.11.1959 antwortete die Stadt mit Schreiben vom 3.11.1959: „Auf Ihre gefl. Anfrage in vorstehender Angelegenheit teile ich Ihnen mit, dass die hiesige Synagoge nicht zerstört worden ist, sondern von der israelitischen Gemeinde an den Ziegeleiarbeiter Ludwig Rest in den Jahren 1933 bis 1935 für etwa 2.500 DM (!) verkauft worden ist. Die Synagoge befand sich in einem Hinterhaus, war sehr baufällig...“

Auffällig ist, dass das Schreiben der IRSO mit der Anrede „Sehr geehrter Herr Bürgermeister“ und dem abschließenden Gruß „Mit vorzüglicher Hochachtung“ versendet wurde. Im Antwortschreiben der Stadt ist dagegen weder eine Anrede noch eine Grußformel enthalten. Fakenews in der Nachkriegszeit: Die in beiden Schreiben erteilten Auskünfte sind absolut falsch! Lt. Verhandlungsniederschrift der Stadt Volkmarsen, unterzeichnet vom städtischen Angestellten Arenhövel und Herrn Albert Meyerhoff wurde die Zustimmung zum Verkauf am 1. März 1938 erteilt. Der angeblich „kleine, baufällige Raum“ bestand aus einem freistehenden, zweigeschossigen Fachwerkbau mit mindestens 100 qm Grundfläche. Das Haus wurde auch nicht „abgerissen“, sondern zu Wohnzwecken umgebaut.

Das jüdische Schulhaus

Seit 1837 besaß die jüdische Gemeinde ein stattliches Fachwerkhaus in der Geilingstraße 1, das als Elementarschule mit integrierter Lehrerwohnung genutzt wurde. Nach Ende des ersten Weltkriegs wurde die Schule als Privatschule weitergeführt. Nach Verkauf der Synagoge wurde zur Ausübung der Gottesdienste im Schulgebäude ein Sakralraum unter teilweiser Verwendung des Synagogeninventars eingerichtet. Während der Terroraktionen am 9. und 10. November 1938 wurde auch der Betraum verwüstet und geplündert. Die sakralen Gegenstände wurden von der Nazi-Horde vor den Fenstern des Arrestraums im Rathaus demoliert und verbrannt. Die dort in diesen Tagen eingesperrten Juden wurden gezwungen, der Vernichtung zuzusehen.



Im Jahr 1940 wurden alle noch in Volkmarsen lebenden Juden aus ihren eigenen Wohnhäusern ausgewiesen und zwangsweise im Schulgebäude interniert. Hier wohnten die Familien Lichtenstein, Meyerhoff, Isenberg und Rosenstock unter entwürdigenden und entbehrungsreichen Verhältnissen bis zu ihrer Deportation und Ermordung im Jahr 1942. Am 7. September 1942 wurden Albert und Betty Meyerhoff, die letzten noch in der Stadt lebenden jüdischen Einwohner verschleppt und im Vernichtungslager Treblinka in den Tod getrieben. Die jahrhundertlange Existenz der jüdischen Gemeinde Volkmarsen war für alle Zeiten ausgelöscht.

Und keiner fragt, wo sie geblieben sind...

Die Sorgen der Menschen galten nach dem Ende der Nazi-Herrschaft in erster Linie dem täglichen Existenzkampf. Bei nicht wenigen Bürgerinnen und Bürgern machte sich aber auch die Angst breit wegen der beginnenden Entnazifizierungs- und Spruchkammervverfahren. Bei denjenigen, die in der NS-Zeit auf teils redliche, aber oft auch unredliche Weise Eigentum aus dem Besitz der einheimischen Juden erworben hatten, war die Befürchtung groß, dass manche der ehemaligen jüdischen Nachbarn zurückkehren würden. Beim überwiegenden Teil der Einwohnerschaft wurde jede Erinnerung an die Juden und ihr Schicksal konsequent ausgeblendet. Man wollte nicht darüber reden; - Mitgefühl spürte man hauptsächlich für die eigenen Lebensumstände.

Als einziges Mitglied der ehemaligen jüdischen Gemeinde kam 1945 für kurze Zeit Herr Julius Meyerhoff nach Volkmarsen zurück. Julius Meyerhoff, 1901 in Volkmarsen geboren, war Mitinhaber des Textilgeschäfts seiner Eltern. Infolge der sich ständig steigenden jüdenfeindlichen Maßnahmen und der damit verbundenen geschäftlichen Schwierigkeiten ging er 1935 zu einer Hachscharah-Ausbildung nach Berlin und konnte im Juni 1937 in das britische Mandatsgebiet Palästina auswandern. Dort arbeitete er 10 Jahre lang in einer Gummifabrik in Haifa und danach bei der israelischen Eisenbahn. Seine Eltern, seine Schwester und weitere Familienangehörige wurden in den NS-Vernichtungslagern umgebracht. In den städtischen Akten wurde - wie bei einigen anderen Holocaust-Opfern auch - der Vermerk „ausgewandert“ eingetragen. Weitere Nachforschungen erfolgten nicht. Julius Meyerhoff kehrte 1948/49 wieder nach Deutschland zurück, kämpfte mit nur geringem Erfolg für eine Entschädigung im Rahmen der Rückerstattungsverfahren (Wohnhaus, Garten) und wurde auf Antrag mit Urkunde vom 18. August 1954 „wieder in den deutschen Staatsverband eingebürgert“.

Aufschluss über die Gefühlslage der Volkmarsener gibt ein Brief des Bürgermeisters Dicke vom 26. April 1950 (Auszugsweise Abschrift des Originalbriefs):

„Mein lieber Julius!

Im Laufe dieser Woche bekam die Stadtverwaltung Volkmarsen ein Schreiben zugestellt, daß Du für Dich und Deine evtl. Miterben den Verkauf Eures Gartens an die Stadt Volkmarsen reklamiertest. Als derzeitiger Leiter der Stadt Volkmarsen bin ich nun verpflichtet, diese Sache zu regeln. Für mich steht es einwandfrei fest und Du kennst da auch meinen Standpunkt, dass ich niemals begangenes Unrecht dulde und dafür sorgen werde, daß es unter allen Umständen wieder gut gemacht wird. Das Geld für Euren Garten in Höhe von 800.—RM wurde damals auf ein Sonderkonto überwiesen und ich kann heute nicht mehr feststellen, wie weit es von Deinen Eltern in Anspruch genommen worden ist. Wie dem auch sei, die Stadt ist bereit und ich werde mich ganz besonders dafür einsetzen, daß das Unrecht wieder gut gemacht wird. Wie ich jetzt gesprächsweise hörte, trägst Du Dich mit der Absicht zur Regelung Deiner Angelegenheit für einige Zeit nach hier zu kommen. Sollte das der Fall sein, so könnte man ja die Angelegenheit mündlich besprechen und hier regeln.

Sollte Deine Reise aber nur Leutegerede sein, so würde ich Dich bitten, mir bei Gelegenheit mitzuteilen, wie Du Dir die Regelung denkst. Jedenfalls steht für mich fest, daß es ohne jede gerichtliche Verhandlung geht. Sei es, daß Du den Garten in natura wieder haben willst, oder sei es, daß wir unter uns eine neue Kaufsumme ansetzen.

[Es folgen einige nichtssagende Sätze über alte Straßen und fremde Gesichter, der Brief endet dann wie folgt]

Ich würde mich jedenfalls freuen, wenn ich Dich persönlich hier begrüßen dürfte. Anderenfalls würde ich Dich bitten, mir doch recht bald zu schreiben, damit die leidige Sache aus der Welt geschafft wird.

Mit vielen Grüßen, auch an Deine Frau, die ich ja vom Bilde her kenne, Dein Viktor Dicke.“

Die im Brief ausgesprochene Haltung des Bürgermeisters steht in krassem Gegensatz zu seinem Verhalten bei der Beantwortung von Anfragen zu Entschädigungsverfahren, siehe gesondertes Kapitel.

Jahrzehntelang hat sich auch kaum jemand in der Stadt dafür interessiert, wie es den jüdischen Familien ergangen ist, die unter Zurücklassung ihres Eigentums vor der Verfolgung fliehen konnten und Aufnahme in fremden Ländern fanden. Ein Beispiel dafür, welchem Existenzkampf die Emigranten nach Ihrer Ausreise und in der Nachkriegszeit ausgesetzt waren, ist - exemplarisch für viele Fälle - die Geschichte der Familie Alsberg:

Die Alsbergs lebten mindestens 300 Jahre in der Stadt. Durch die Arbeit mehrere Generationen erwarb die Familie ein ansehnliches Vermögen in Form von Haus- und Gartengrundstücken und betrieb ein Getreide- und

Landhandelsgeschäft. Die Familie und die Firma waren weit über Volkmarsen hinaus hoch angesehen und auch für ihre großzügigen Spenden zu vielen Anlässen bekannt.



Das ehemalige Geschäftshaus der Firma Alsberg in der Wittmarstraße



Belegschaft der Firma Alsberg

Schon in den ersten Jahren der NS-Herrschaft litt die Firma immer mehr unter den Boykottmaßnahmen, wodurch die Aufgabe der Geschäftstätigkeit unausweichlich wurde.

Im Jahr 1937 wanderte Ludwig Alsberg mit seiner Ehefrau und vier Kindern sowie seiner Mutter in das britische Mandatsgebiet Palästina aus. Für alles, was in über 300 Jahren erwirtschaftet worden war, wurden bei den Verkäufen an Volkmarser Bürger insgesamt nur 32.000.- RM bezahlt. Diese Verkaufserlöse entsprechen bei weitem nicht dem realen Wert. Sie wurden durch unreelle Machenschaften im Zusammenspiel von Käufern, Ortsgericht, Ortsgruppenleiter, Kreisleiter und den Finanzbehörden rigoros reduziert. Aber selbst von den erhaltenen 32.000.- RM gingen nachweislich für die Familie Alsberg bei der Trust and Transfer Office Awara Ltd. nur 7.200 RM ein, da 77,6 % der Gesamtsumme vom Deutschen Reich an Abschlägen auf Auswanderersperrguthaben einbehalten wurden. Von den ausgezahlten 7.200 RM gingen rund 3.000 RM an Umzugs- und Reisekosten für die sechsköpfige Familie ab, sodass der einstmals wohlhabenden Familie von ihrem Vermögen bei der Einwanderung in Palästina gerade noch 4.000.- RM verblieben.

Der Kaufmann Ludwig Alsberg baute gemeinsam mit jüdischen Einwanderern aus Rexingen auf brachliegendem Ödland die landwirtschaftliche Kooperative Shave Zion an der Mittelmeerküste auf, in der er als einfacher Arbeiter bis zum Lebensende mitwirkte. Aus Wiedergutmachungs-Zahlungen erhielt er im Jahr 1956 nach schwierigen Verhandlungen eine Entschädigung von insgesamt 5.600 DM.



Wie beschwerlich der Neuanfang auf dem in Palästina gekauften Ödland war, kann man anhand der folgenden Fotos erahnen. So lebten die Einwanderer zum Beispiel in der ersten Zeit in den zum Wohnraum umgebauten hölzernen Umzugs-Containern.





Nur einzelne Volkmarser bemühten sich nach 1945, überlebende ehemalige jüdische Mitbürger irgendwo in der Welt wieder zu finden und die alten freundschaftlichen Kontakte wieder aufzubauen. So zum Beispiel die Familie Claus. Auch der Lehrer Nowak meldete sich in einem Brief vom 17.8. 1946 bei seiner ehemaligen Schülerin Ilse Lichtenstein, die als einzige Überlebende ihrer Familie der Verfolgung mit einem Kindertransport entkommen konnte und jetzt in den USA zu Hause war. Auszugsweise Abschrift aus dem Brief:

„Liebes Fräulein Ilse! Durch einen Zufall hörte ich vor einigen Tagen, daß Sie sich in einem Brief an eine Volkmarser Familie u.a. auch nach mir erkundigt haben. Ich benutze darum die Gelegenheit, um Ihnen zu schreiben, da ich mich noch gern an die Zeit erinnere, da Sie als weitaus beste Schülerin in meiner Klasse saßen... Mich interessiert es zu erfahren, wie Sie s. Zt. nach Amerika gekommen sind. Ich sehe Sie noch im Geiste mit Ihrer lieben Mutter vor mir stehen, da Sie sich am Volkmarser Bahnhof von mir verabschiedeten, um nach Holland zu fahren. ...Konnten Sie Nachrichten von Ihren lieben Eltern aus Volkmarsen trotz des Krieges erhalten? Was wissen Sie von Ihren lieben Eltern? Wie geht es Ihnen heute? ... Wir alle würden uns außerordentlich freuen, wenn wir bald etwas von Ihnen hören könnten. Bis dahin empfangen Sie die herzlichsten Grüße von Ihrem ehemaligen Lehrer Nowak.“

Während andere Lehrerinnen und Lehrer „Heil Hitler“ riefen, begleitete Herr Nowak seine Schülerin am 3. Januar 1939 zum Bahnhof, als sie mit anderen Mädchen aus Volkmarsen mit dem Kindertransport nach Holland fuhr.

Internierungslager Darmstadt 1946 - 1948

In den Jahren von 1946 bis 1948 unterhielt die amerikanische Militäradministration in Darmstadt ein Internierungslager von beachtlichem Ausmaß. Zunächst als Kriegsgefangenenlager eingerichtet, wurden hier später überwiegend Personen eingeliefert und festgehalten, die vermeintlich oder tatsächlich einen Beitrag zum Erhalt des NS-Regimes geleistet hatten und deshalb von den Alliierten als Gefahr für den demokratischen Aufbau angesehen wurden. Im April 1946 waren hier 9.860 Personen registriert, die erst nach Abschluss ihrer Spruchkammerverfahren freigelassen oder gemäß den Urteilsprüchen inhaftiert wurden.

Im Lager befanden sich viele Verdächtige, die im NS-Regime in bedeutenden Positionen tätig waren wie zum Beispiel hohe Offiziere, Angehörige der Waffen-SS, der allgemeinen SS und der Gestapo, Gauleiter, Kreisleiter, Ortsgruppenleiter und sonstige Parteifunktionäre, aber auch belastete Lehrer und Parteimitglieder der unteren Ebene, die später oft als „Minderbelastete“ oder „Mitläufer“ eingestuft wurden.

Auch einige auf lokaler Ebene tätige NS-Aktivisten aus Volkmarsen wurden - teilweise über viele Monate – im Internierungslager festgehalten.

Bei meinen lokalen Recherchen ist mir aufgefallen, dass die Betroffenen in den meisten Fällen zu Recht unter Verdacht standen und deshalb auch in unterschiedlichem Maße bestraft wurden. A b e r: Die Hauptleidtragenden bei den Internierungsverfahren waren oft die Ehefrauen und Kinder, die in der Regel nicht für die Verfehlungen ihrer Väter und Ehemänner verantwortlich waren, aber oft ohne Einkommen waren und große Not litten.

Entnazifizierung und Spruchkammerverfahren

Ein vordringliches Ziel der Alliierten war, Deutschland und die Deutschen vom Nationalsozialismus zu befreien. Die Umsetzung erfolgte in den vier Besatzungszonen auf unterschiedliche Weise. In der amerikanischen Zone wurden alle Bürgerinnen und Bürger verpflichtet, einen umfangreich gestalteten Fragebogen auszufüllen und abzugeben. Diese Verordnung galt sowohl für die einheimische Bevölkerung als auch die zugezogenen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge. Auf diese Weise wurde versucht, zunächst alle Personen zu ermitteln, die in irgendeiner Form in unterschiedlichen Funktionen oder Aktivitäten in das Funktionieren des NS-Systems eingebunden waren.

MILITARY GOVERNMENT OF GERMANY
Fragebogen

WARNING: Read the entire Fragebogen carefully before you start to fill it out. The English language will prevail if discrepancies exist between it and the German translation. Answers must be typewritten or printed clearly in block letters. Every question must be answered precisely and conscientiously and no space is to be left blank. If a question is to be answered by either "yes" or "no", print the word "yes" or "no" in the appropriate space. If the question is inapplicable, so indicate by some appropriate word or phrase such as "none" or "not applicable". Add supplementary sheets if there is not enough space in the questionnaire. Omissions or false or incomplete statements are offenses against Military Government and will result in prosecution and punishment.

WARNUNG: Vor Beantwortung ist der gesamte Fragebogen sorgfältig durchzulesen. In Zweifelsfällen ist die englische Fassung maßgebend. Die Antworten müssen mit der Schreibmaschine oder in klaren Blockbuchstaben geschrieben werden. Jede Frage ist genau und gewissenhaft zu beantworten und keine Frage darf unbeantwortet gelassen werden. Das Wort „ja“ oder „nein“ ist an der jeweilig vorgesehenen Stelle unbedingt einzusetzen. Falls die Frage durch „ja“ oder „nein“ nicht zu beantworten ist, so ist eine entsprechende Antwort, wie z. B. „keine“ oder „nicht betreffend“ zu geben. In Ermangelung von ausreichendem Platz in dem Fragebogen können Bogen angeheftet werden. Auslassungen sowie falsche oder unvollständige Angaben stellen Vergehen gegen die Verordnungen der Militärregierung dar und werden dementsprechend geahndet.

A. PERSONAL / A. Persönliche Angaben

1. List position for which you are under consideration (include agency or firm). — 2. Name (Surname). (Fore Names). — 3. Other names which you have used or by which you have been known. — 4. Date of birth. — 5. Place of birth. — 6. Height. — 7. Weight. — 8. Color of hair. — 9. Color of eyes. — 10. Scars, marks or deformities. — 11. Present address (City, street and house number). — 12. Permanent residence (City, street and house number). — 13. Identity card type and Number. — 14. Wehrpass No. — 15. Passport No. — 16. Citizenship. — 17. If a naturalized citizen, give date and place of naturalization. — 18. List any titles of nobility ever held by you or your wife or by the parents or grandparents of either of you. — 19. Religion. — 20. With what church are you affiliated? — 21. Have you ever severed your connection with any church, officially or unofficially? — 22. If so, give particulars and reason. — 23. What religious preference did you give in the census of 1937? — 24. List any crimes of which you have been convicted, giving dates, locations and nature of the crimes. —

Meister der Schutzpolizei

1. Für Sie in Frage kommende Stellung: **Heinrich Claus**

2. Name: **Claus** **Heinrich** 3. Andere von Ihnen benutzte Namen

Zu-Familien-name Vor-(Tauf-)name

Zur Beurteilung der möglichen Verstrickung wurden die zu Überprüfenden in fünf Kategorien eingeteilt: Hauptbelastete, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete.

Die weit verbreitete Einschätzung, dass die Entnazifizierungsverfahren nur halbherzig oder oberflächlich durchgeführt wurden, kann ich aufgrund meiner intensiven Forschungen für die Stadt Volkmarsen und die zuständige Spruchkammer in Wolfhagen nicht bestätigen.

Anfang des sechsstufigen Fragebogens

Amtlich registriert wurden in Volkmarsen 3.125 abgegebene politische Meldebogen.

1.840 Personen wurden als nicht betroffen eingestuft, 180 junge Menschen fielen unter die „Jugendamnestie“ und etwa 280 Männer und Frauen wurden mit der am 5. Februar 1947 beschlossenen „Weihnachtsamnestie“ von weiteren Untersuchungen ausgenommen.

Jedoch wurden über 120 Spruchkammerverfahren durchgeführt, in denen das Verhalten der Betroffenen akribisch in ausführlichen Verhandlungen und immer unter Hinzuziehung von Zeugen und Dokumenten untersucht wurde. Die Verhandlungen fanden größtenteils in der Kreisstadt Wolfhagen statt, teilweise jedoch auch im Saal einer Gastwirtschaft in Volkmarsen (zum Beispiel beim Prozess gegen den ehemaligen Ortsgruppenleiter). Wie bei allen ähnlichen Vorfällen versuchten die Beschuldigten, sich von allen Vorwürfen reinzuwaschen.

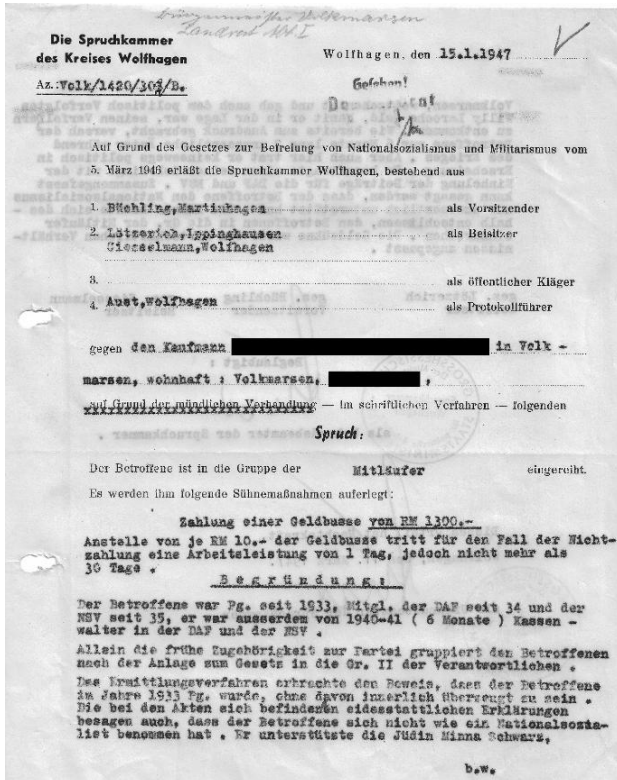
Dies geschah zum Teil mit gewissenlosen Lügen, aber auch mit Gefälligkeitsaussagen verschiedener Zeugen.

Auch die auf Anfrage der Spruchkammer vom Bürgermeister formulierten Aussagen und die Stellungnahmen des „Ausschusses der politischen Parteien“ (SPD, CDU und KPD) sind nicht immer objektiv, sondern stark von persönlicher Sympathie oder Aversion gegenüber den Betroffenen geprägt.

Auszugsweise Auflistung aus einer Vielzahl von Zeugenaussagen:

- „Arenhövel hatte als Stadtsekretär einen überzeugten Nationalsozialisten, den Bürgermeister Schade, zum Vorgesetzten [...]. Dass dies für ihn eine schwierige Lage war, liegt klar auf der Hand. Ich bin davon überzeugt, dass er manche Sachen, die Schade zum Nachteil von Antinazis vorhatte, zu deren Gunsten abgebogen hat.“
- „Von B. war in Volkmarsen allgemein bekannt, dass er als SA-Mann vor seinen Schulden die er bei jüdischen Firmen hatte, Posten gestanden hat. In späteren Jahren hat sich B. zurückgehaltern und war einige Jahre Soldat.“
- „Herr A.B. ist als korrekter Mensch bekannt, der der Partei wahrscheinlich nur unter Druck beigetreten ist.“
- „J.B. war anfangs strammer Nationalsozialist. Als er später die Machenschaften der Partei sah, hat er sich zurückgezogen. Voriges Jahr stellte er 8 Morgen Pachtland für Kleingärten zur Verfügung.“
- „G.B. trat nach meiner Ansicht der Partei nur aus Geschäftsinteresse bei. [Inhaberin eines Hotels mit Gastwirtschaft] Wie weit sie sich durch das ständige Anhören der Lobeshymnen auf Partei und Führer hat überzeugen lassen, entzieht sich meiner Kenntnis.“

- „A.B. ist durch den Einfluss seines Onkels, bei dem er in Stellung war, der Partei in jugendlicher Unwissenheit beigetreten.“
- „E., ein harmloser, äußerst anständiger junger Mann, trat aus Überängstlichkeit der Partei bei und ist im allerschlimmsten Falle nur als nominelles Mitglied anzusehen.“
- „Dr. B. war anfänglich sehr aktiv, später hat er sich zurückgezogen.“
- „B. suchte bei den Nazis sein Geschäft zu machen. Wie weit alles auf Wahrheit beruht, was man von ihm erzählt, entzieht sich meiner Kenntnis.“ [wurde 1947 als Aktivist eingestuft]



- „Frau B., die geschiedene Frau eines Franzosen, trug vor dem Einmarsch der Amerikaner stolz das Parteiabzeichen. Beim Hissen der weißen Flagge schimpfte sie über die Feigheit der Bevölkerung. Nach dem Einmarsch der Amerikaner gab sie sich als Französin aus.“
- „D. war lediglich aus sportlichen Gründen in der Reiter-SA.“
- „E. hat mit dem Nazismus sympathisiert. Nachteiliges ist nicht über ihn bekannt.“
- „F. ist als Aktivist anzusehen. Er war ein williges Werkzeug der Partei.“
- „H. ist in jungen Jahren vor der Machtübernahme den Nazis hinterhergelaufen und war von der Sache begeistert. Später hat man von ihm nicht mehr viel gehört.“
- „Als pflichtgetreuer Beamter hielt G. es für sein Pflicht, die Befehle der Nazis auszuführen- Aber man hat nie gehört, dass er unangenehm hervorgetreten ist“
- „Wenn Frau H. auch eine zeitweise überzeugte Nationalsozialistin war, ist sie doch niemandem zu nahe Getreten.“

Beispiel eines Spruchkammerbescheids für
"Mitläufer"

- „J.H. war Nationalsozialist. Ob aus Überzeugung oder aus Dummheit, entzieht sich meiner Kenntnis. Er ist als Mitläufer anzusehen.“
- „S.H. war Ortsbäuerin und wie ihr Mann dem Nationalsozialismus aus Dummheit ergeben gewesen.“
- „G. ist politisch nicht hervorgetreten. Er hat lediglich ein Judenhaus erworben. Es wäre zu erwägen, wie weit dies auf Grund seiner politischen Einstellung erfolgt ist.“
- „L. war dem Trunke ergeben und in schlechten finanziellen Verhältnissen. Ob er aus diesem Grunde Nazi war?“
- „P. ist als Aktivist anzusehen, der mit dazu beigetragen hat, dass das Hakenkreuz das Unglück über Deutschland gebracht hat.“
- „H.S. war hier allgemein als Aktivist bekannt. Er hat jeden Befehl seiner vorgesetzten Parteidienststelle ausgeführt und sich hierdurch viel Schuld an dem Unglück, das unser Vaterland betroffen hat, aufgeladen. Er war Aktivist. Er war ein willenloses Werkzeug seiner jeweiligen Vorgesetzten.“

In den vielen hundert von mir bearbeiteten Originalakten habe ich nur einen Fall gefunden, in dem ein Angeklagter deutlich sein Bedauern über die Beteiligung an jüdenfeindlichen Aktionen ausgesprochen hat.

Beispiel von Spruchkammerbescheiden für einen „Minderbelasteten“ (oben) und einen „Belasteten“ (unten).

Die Spruchkammer: **Wolffhagen** **Wolffhagen, den 5. August 1947**

Aktenzeichen: **Volk/2471/518/P.** **Gefahren!**
Der Lagerchef
J.K.

Auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 erläßt die Spruchkammer:

bestehend aus:

Dost, Wolffhagen als Vorsitzender

1. **Gewalt, Nothfelden** als Beisitzer

2. **Schaub, Ippinghausen** als Beisitzer

3. **Probandt, Wolffhagen** als öffentlicher Kläger

4. **Stiller, Niederelungen** als Protokollführer

gegen **den [REDACTED]**

in Allendorf Krs. Witzenshausen, wohnhaft in Volkmarzen, [REDACTED]

auf Grund der mündlichen Verhandlung — im schriftlichen Verfahren — folgenden

Spruch:

Der Betroffene ist: **Minderbelasteter**

Es werden ihm folgende Sühnemaßnahmen auferlegt:

Begründung:

I) 3 Jahre Bewährungsfrist

II) Die Sühnemaßnahmen aus Art. 17, I abc, II und III Ges. von dem dem Treuhänder erzielten Geschäftseinkommen darf an den Betr. nur ein Betrag von höchstens **200,—** monatlich ausbezahlt werden.

III) Laufende Sonderbeiträge zum Wiedergutmachungsfonds von **15.000,—** jährlich während der Bewährungsfrist. Anstelle der Sonderbeiträge tritt im Falle der Uneinbringlichkeit für je **20,—** ein Tag Arbeitsleistung bis zur Höchstdauer von 180 Tagen.

IV) Für die Dauer der Bewährungsfrist wird dem Betr. die Ausübung eines freien Berufes und die Ausübung von Lehrlingen untersagt.

V) Die Kosten des Verfahrens werden dem Betr. auferlegt. Der Streitwert wird auf **44.190,—** festgesetzt.

Formblatt 6 — Ausfertigung des Spruches 1. Instanz —

Der Wortlaut des Art. 17, I abc, II und III lautet:

I a) Es ist ihm während der Dauer der Bewährungsfrist untersagt: Ein Unternehmen als Inhaber, Gesellschafter, Vorstandsmitglied oder Geschäftsführer zu leiten oder ein Unternehmen zu beaufsichtigen oder zu kontrollieren, ein Unternehmen oder eine Beteiligung daran ganz oder teilweise zu erwerben;

b) in nicht selbständiger Stellung anders als in gewöhnlicher Arbeit beschäftigt zu sein;

c) als Lehrer, Prediger, Redakteur, Schriftsteller oder Rundfunk-Kommentator tätig zu sein.

II) Ist der Minderbelastete zur Zeit der Einreihung in die Bewährungsgruppe an einem Unternehmen als Inhaber oder Gesellschafter beteiligt, so wird seine Beteiligung an dem Unternehmen für die Dauer der Bewährung gesperrt und ein Treuhänder bestellt. Die Spruchkammer bestimmt, welcher Teil des von dem Treuhänder erzielten Geschäftseinkommens an den Minderbelasteten auszusahlen ist. Die endgültige Verfügung über das gesperrte Vermögen wird in dem Zeitpunkt der endgültigen Einreihung des Minderbelasteten getroffen.

III) Als Unternehmen im Sinne des Abs. Ia und II dieses Art. gelten nicht Kleinbetriebe, insbes. Handwerksbetriebe, Einzelhandels-geschäfte, Bauernhöfe und dergl. mit weniger als 10 Arbeitneh-mern.

Begründung

Der Betr. war Mitglied der NSDAP seit 1.5.1937 und bekleidete von 1941 an in Volkmarzen den Amt des Ortsgruppenorganisationalleiters im Range eines Ortsgruppenamtsleiters. Als solcher gehörte er auch dem Ortsgruppenstab an. Er war ferner seit 1937 fürderndes Mitglied der SS mit einem monatlichen Beiträge von **2,20,—**. Außerdem gehörte er der NSKKV, dem NSKK, der DAF, der NSV, dem DRK, dem RLB, dem VDA, dem RKLB und schließlich auch dem NS-Opferbund an mit einem Bei-träge von **2,—** bis **3,—** monatlich. Im NSKK ist er 1940 zum Sehar-führer befördert worden. Er behauptet aber unwiderlegt, als solcher keinen Dienst getan zu haben.

Als Amtsträger in der NSDAP fällt der Betr. in die Kl. II der Anl. und gilt somit gem. Art. 10 Ges. bis zur Widerlegung als Belasteter. Darüber hinaus legt ihm die Klage zur Last, aus politischen Beweg-gründen

a) andere denunziert zu haben (Falle Becker und Dicke)

b) den Zeugen Blume bedroht bzw. ihm gegenüber eine gehässige Haltung eingenommen zu haben

c) am 9.11.1938 an den Ausschreitungen gegen die Juden in Volkmarzen und Brunsen teilgenommen zu haben.

- (vergleiche Kl. 15, 85, d. A.) -

Der Betr. hat bestritten, ein Aktivist gewesen zu sein. Er will sogar gegen den Nat. Soz. eingestellt gewesen sein. Sein Versuch, die gegen ihn sprechende gesetzl. Vermutung zu widerlegen, ist aber mißlungen. Die Beweisaufnahme hat zwar manches ergeben, was zweifellos zu seinen Gunsten spricht. Andererseits hat sie aber in wesentlichen Punkten die gesetzl. Vermutung bestätigt.

Im einzelnen

Die Spruchkammer: **Wolffhagen** **Wolffhagen, 7. August 1947**

Aktenzeichen: **Volk/2364/306/P.** **Gefahren!**
Der Lagerchef
J.K.

Auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 erläßt die Spruchkammer:

bestehend aus:

Dost, Wolffhagen als Vorsitzender

1. **Loekant, Naumburg** als Beisitzer

2. **Wicke, Martinhausen** als Beisitzer

3. **Probandt, Wolffhagen** als öffentlicher Kläger

4. **Stiller, Niederelungen** als Protokollführer

gegen **den Schmied [REDACTED]**

wohnhaft in Volkmarzen, [REDACTED]

auf Grund der mündlichen Verhandlung — im schriftlichen Verfahren — folgenden

Spruch:

Der Betroffene ist: **Belasteter**

Es werden ihm folgende Sühnemaßnahmen auferlegt:

Begründung:

I) er wird auf die Dauer von 9 Monaten in ein Arbeitslager ein-gewiesen, um Wiedergutmachungs- und Aufbauarbeiten zu verrichten. Die von 14.8.1945 bis 5.6.1946 erlittene Internierungshaft wird angerechnet, so daß die 9 Monate Arbeitslager bereits verblüßt sind.

II) Das Vermögen des Betr. wird in Höhe von 20 % als Wiedergutmachung eingezogen.

III) Die Sühnemaßnahmen aus Art. 16 Ges., Ziff. 4, 5, 6, 7, 8 (aus dem Ges. anzuwenden), 9, 10.

Art. 16, 4) er ist dauernd unfähig, ein öffentliches Amt einschl. des Ho-sariats und der Anwaltschaft zu bekleiden;

Rechts- 5) er verliert seine Ansprüche auf eine aus öffentlichen Mitteln zahlbare Pension oder Rente;

6) er verliert das Wahlrecht, die Wahlbarkeit und das Recht, sich irgendwie politisch zu betätigen und einer politischen Par-tei als Mitglied anzugehören;

7) Er darf weder Mitglied einer Gewerkschaft noch einer wirt-schaftlichen oder beruflichen Vereinigung sein;

Formblatt 6 — Ausfertigung des Spruches 1. Instanz —

8) es wird ihm auf die Dauer von 5 Jahren untersagt:

a) in einem freien Beruf oder selbständig in einem Unter-nahmen oder gewerblichen Betrieb jeglicher Art tätig zu sein, sich daran zu beteiligen oder die Aufsicht oder Kon-trolle hierüber auszuüben;

b) in nicht selbständiger Stellung anders als in gewöhnlicher Arbeit beschäftigt zu sein;

c) als Lehrer, Prediger, Redakteur, Schriftsteller oder Rundfunk-kommentator tätig zu sein.

9) Er unterliegt Wohnungs- und Aufenthaltsbeschränkungen;

10) Er verliert alle ihm erteilten Approbationen, Konzessionen und Berechtigungen, sowie das Recht einen Kraftwagen zu halten.

IV) Die Kosten des Verfahrens werden dem Betr. auferlegt. Der Streitwert wird auf **2.400,—** festgesetzt.

Begründung

Der Betr. war Mitglied der NSDAP und der SA seit 1.2.1931, der DAF seit 1933 und der NSV seit 1942. In der Partei hat er das Amt eines Film- und Punktschulungsleiters, sowie des Propagandaleiters von 1.10.1932 bis 1934 bekleidet, und zwar im Range eines Ortsgrup-penamtsleiters. Auch ist er stellvert. Blockleiter gewesen. In der Klage wird ihm auch zur Last gelegt, von 1931-1932 Ortsgruppen-leiter in Oberlistingen gewesen zu sein. Dies wird jedoch von ihm bestritten. Er behauptet, daß es damals in Oberlistingen noch gar keine Ortsgruppe, sondern nur einen Stützpunkt gegeben habe. Er sei nur Stützpunktleiter gewesen. Diese Behauptungen sind rechtlich unerheblich. Denn der Stützpunktleiter ist praktisch dasselbe wie ein Ortsgruppenleiter. Nach dem Sinn und Zweck des Befreiungs-Gesetzes sind beide Ämter gleich zu behandeln. Im übrigen gibt der Betr. zu, als Stützpunktleiter Versammlungen einberufen und ge-leitet zu haben. Die Mitgliederzahl soll in jenen Jahren aber nur sehr klein gewesen sein, nämlich nur 15. In den anderen Intern will er nur rein geschäftsmäßige Funktionen ausgeübt haben. Als Propagandaleiter sei er überhaupt nicht tätig gewesen. Dieses Art. habe nur auf dem Papier gestanden. Einen Beweis für diese Behauptung hat der Betr. aber nicht zu führen vermocht.

Als Mitglied der NSDAP und der SA seit 1931 sowie mehrfacher Amts-träger fällt der Betr. in die Kl. II der Anl. des Ges. und gilt somit gem. Art. 10 Ges. bis zur Widerlegung als Belasteter.

Darüber hinaus wird ihm in der Klage zur Last gelegt, den Polen Seehafer mißhandelt zu haben.

Die Verhandlung und die Beweisaufnahme haben die gesetzl. Vermu-tung des Art. 10 Ges. nicht widerlegt. Es ist im Gegenteil erwiesen worden, daß der Betr. im Herbst 1935 den Polen Seehafer mißhandelt hat. Seehafer war ein früherer polnischer Kriegsgefangener und spä-ter als ausländischer Zivilarbeiter in Volkmarzen eingesetzt wor-den. Auf Grund einer angeblichen Beschwerde seines Arbeitgebers, erteilte der Ortsgruppenleiter und der Bürgermeister Schade dem Betr. zu vollziehen. Gleits lehnte aber die Ausführung des Befehls als ungesetzlich ab. Darauf ließ Schade durch den Zellensmeister Krug den Betr. holen und erteilte nun diesen beiden den gleichen Befehl. Der Betr. will sich anfangs wohl gewehrt haben, dem Befehl nachzukommen.

Auszüge aus einer zweiseitigen, ausführlichen Urteilsbegründung der Spruchkammer:

„Der Betroffene ist in die Gruppe der Minderbelasteten eingereiht. Es werden ihm folgende Sühnemaßnahmen auferlegt: 1) 2 Jahre Bewährungsfrist 2) Zahlung eines Sonderbeitrages von RM 1.000.- jährlich auf die Dauer der Bewährungsfrist“. Auszüge aus der Begründung: „Der Betr. bestreitet, ein überzeugter Anhänger der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, bes. ihrer Rassenlehre gewesen zu sein (...) Er will aus Idealismus und im guten Glauben sich der nat. soz. Sache zugewendet haben, aber schon nach 6 – 7 Monaten nach Eintritt in die SA will er erkannt haben, dass er sich hinsichtlich der angeblichen Ideale der Partei geirrt habe. (...) Die Beweisaufnahme hat ergeben, dass der Betr. sowohl an Aufmärschen als auch an Demonstrationen der SA gegen Juden teilgenommen hat. Er hat ferner das Hetzblatt „Stürmer“ vertrieben. Mehrfach hat er auch geäußert, dass die Juden und Nichtnazis aufgehängt werden müssten, selbst wenn er das Holz zum Galgen fahren müsste.“

Es folgen mehrere weitere Beweise, insofern ist das abschließende Urteil in diesem Fall irritierend:

„Der Betr. gehört mit Rücksicht auf seine aktivistische Tätigkeit an sich in die Gruppe der Belasteten. Er ist jedoch einer milderen Beurteilung würdig, denn er hat sich frühzeitig von den Methoden des Nat. Soz. abgewendet. Die Kammer hat ihn daher in die Gruppe der Minderbelasteten eingereiht, (...)“

In den Gerichtsverfahren wurden teils relativ milde Urteile gefällt, andererseits aber auch - insbesondere, wenn man die finanzielle Lage der Betroffenen betrachtet - harte Strafen verhängt.

In über 100 Fällen wurden die Angeklagten zur Zahlung von Geldbußen „als Sonderbeitrag zum Wiedergutmachungsfonds“ verurteilt. Meine Recherchen für Volkmarsen haben ergeben:

- 1 x Einzelstrafe 45.000.- RM, zahlbar in drei Jahresraten
- 1 x Einzelstrafe 5.000.- RM
- 10 x Zahlungen von 2.000.- RM und mehr
- 25 x Zahlungen von 1.000.- bis 1.500.- RM
- 28 x Zahlungen in Beträgen zwischen 500.- und 1 000.- RM
- 27 x Beträge zwischen 200.- und 500.- RM
- 15 x Zahlungen von Beträgen unter 200.- RM

Die Gesamtsumme der verhängten Sühneleistungen beläuft sich auf ungefähr 108.000.- RM

Darüber hinaus wurden einige Betroffenen zur Verrichtung von „Sonderarbeiten zu Gunsten der Allgemeinheit bzw. „Wiedergutmachungs- und Aufbauarbeiten“ verurteilt. Die Dauer dieser zu leistenden Arbeiten lag in den meisten Fällen bei mehreren Monaten, in Einzelfällen auch bei mehreren Jahren. Teilweise wurden auch Strafen in Form von Sachleistungen auferlegt, wie zum Beispiel Abgabe eines Fahrrads. Die bei später teilweise durchgeführten Amnestie-Erlassen bereits gezahlten Sühneleistungen wurden nicht zurückgezahlt.

Anklage lautet: Landfriedensbruch

Ausschreitungen in Volkmarsen und Breuna

Kassel, 20. Okt. (-nk). Wegen Landfriedensbruch verhandelt das Kasseler Landgericht seit Tagen gegen den Maurermeister [REDACTED], den Steinmetzmeister [REDACTED], den Landwirt [REDACTED], den Kaffeebrenner [REDACTED], den Arbeiter [REDACTED], den Stellmacher [REDACTED], den Maurer [REDACTED], den Maschinenschlosser [REDACTED], den Steinmetz [REDACTED], alle aus Volkmarsen, den Landwirt [REDACTED] und den Landwirt [REDACTED], beide aus Breuna, wegen Landfriedensbruchs.

Verhetzte drängen ein

Nach der Ermordung des Gesandtschaftsrates vom Rath in Paris setzten in ganz Deutschland judenfeindliche Kundgebungen ein. Auch in Volkmarsen hatten die Juden unter den Verfolgungen und Hausdurchsuchungen höchster Parteidienststellen und SA-Führer zu leiden.

Verhetzte Menschen drängen u. a. in die Wohnungen der jüdischen Familien Schwarz, Lichtenstein, Ysenberg, Meyerhöfer und Rosenstock ein. Unter dem Vorgeben, staatsfeindliches Material zu suchen, wurden die Wohnungen und Einrichtungen der Juden demoliert.

Ob die Bewohner persönlich mißhandelt wurden, läßt sich auch in der jetzigen Verhandlung nicht einwandfrei klären. Die gleichen Taten wiederholten sich auch in Breuna in der Nacht vom 9. zum 10.

November 1938. Hier zündeten die aufgeputschten Menschen sogar die Synagoge an.

Ein Teil der Angeklagten begab sich im Wagen von Volkmarsen nach Breuna, um an den dortigen Ausschreitungen teilzunehmen.

Die Angeklagten sind teilweise geständig, belasten sich im übrigen gegenseitig. Die Verhandlung geht zurzeit noch weiter.

Mit der Urteilsverkündung ist erst in den späten Abendstunden zu rechnen.

Pressebericht aus den „Hessischen Nachrichten“ Nr. 184 vom 4. August 1949

...schiest und Arbeit zu finden. In Volkmar-

Vier Jahre Arbeitslager für Schade

Internierungshaft wurde auf die Strafe angerechnet

Volkmarsen, 3. Aug. (ka). Der frühere Bürgermeister und Ortsgruppenleiter von Volkmarsen, Hermann Schade, wurde in der Berufungsverhandlung am Montag und Dienstag in Volkmarsen in die Gruppe der Aktivisten eingereiht und auf vier Jahre in ein Arbeitslager eingewiesen. Diese Zeit gilt durch die Internierungshaft als verbüßt. Weiter wurde Schade eine 25prozentige Vermögensabgabe auferlegt, das Wahlrecht aberkannt und neben Berufsbeschränkungen auch die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft verboten. Außerdem unterliegt er der Wohnungsbeschränkung.

Im Verlauf der Verhandlung im überfüllten Saal der Gastwirtschaft Ritter belastete Joseph Rest Schade, weil er mehrmals wegen politischer Delikte eingesperrt gewesen sei.

Es wurde betont, Schade habe die Judenprogrome verhindern wollen und auch eingeschränkt. Josef Kramer gab an, daß Schade von seinen letzten Kartoffeln an einen Arbeiter abgegeben hätte. Für den als Angehöriger der KPD damals festgenommenen Otto Gottsleben habe Schade die Freilassung erwirkt. Eine große Anzahl weiterer Zeugen brachte weitere Entlastungspunkte.

Der Verteidiger Dr. Bödicker erklärte, Schade wäre unter einem anderen System wahrscheinlich ein guter Bürgermeister geworden. Es habe ihm der Mut gefehlt, den Anordnungen von oben zu widersprechen.

Gefängnis für Untreue und Unterschlagung

Karlshafen, 3. Aug. (kh). Das Amtsgericht Karlshafen verurteilte den früher in Karlshafen wohnhaften, 21jährigen Horst Willers wegen Untreue in Tateinheit mit Unterschlagung zu zwei Monaten und zwei Wochen Gefängnis. Ein Karlshafener Einwohner hatte...

Pressebericht
Nordhessischer
Spiegel Nr. 184 vom
4. 8. 1949

Bericht über den
Prozess gegen den
ehemaligen
Ortsgruppenleiter

„Der Verteidiger Dr. Bödicker erklärte, Schade wäre unter einem anderen System wahrscheinlich ein guter Bürgermeister geworden. Es habe ihm der Mut gefehlt, den Anordnungen von oben zu widersprechen.“

Recht und Unrecht:



Beispielhaft für die in diesen Zeiten auch vorkommenden schwerwiegenden Ungerechtigkeiten gegenüber ehemaligen Mitgliedern der NSDAP ist der Fall des Volkmarser Polizeimeisters Heinrich Claus. Herr Claus, Jahrgang 1890, im ersten Weltkrieg ausgezeichnet mit dem Eisernen Kreuz I. und II. Klasse und weiteren Ehrungen, dauerhaft verletzt durch Granatsplitter, stand seit 1922 als auf Lebenszeit angestellter Polizeibeamter im Dienste der Stadt. Anhand zahlreicher Zeugenaussagen und vorliegender Dokumente ist eindeutig festzustellen, dass Cl. ein absolut geradliniger, pflichtbewusster und korrekter Stadtpolizist war. Als katholischer Christ gehörte er der Zentrumsparterie an und war als Gegner der heimischen Nationalsozialisten bekannt.

Auszug aus dem Spruchkammerurteil vom 31. August 1946 / Meister der Schutzpolizei Heinrich Claus:
„Der Betroffene ist in die Gruppe der Mitläufer eingereiht. Es werden ihm folgende Sühnemassnahmen auferlegt: Zahlung einer Geldbusse von RM 500.-“

Begründung: Der Betroffenen war Pg. seit 1. Mai 1937 (...) Da die angestellten Ermittlungen nichts Belastendes zu Tage förderten, gehört der Betroffene nach dem Gesetz in Gruppe IV der Verantwortlichen. Auch die Verhandlung brachte keine wesentliche Veränderung. Es konnte lediglich festgestellt werden, dass der Betroffene innerlich nie ein Nationalsozialist gewesen ist. Seine Einstellung gegen den Nazismus ging sogar soweit, dass er trotz seiner Eigenschaft als Polizeibeamter des öfteren in Komplikationen geriet. Leider aber war sein Verhalten nur passiver Natur, sodass er nicht in die Gruppe der Entlasteten eingereiht werden konnte. Bei der Festsetzung der Sühnemassnahmen ist allerdings seine antifaschistische Einstellung gewürdigt worden.“

Auf der Grundlage meines intensiven Aktenstudiums und verschiedener lebensgeschichtlicher Interviews kann ich feststellen, dass Herr Claus zu Unrecht nach 1945 nicht wieder von der Stadt eingestellt wurde.

Beispiele:

Presseartikel in der „Hessischen Volkswacht“ Nr. 97 vom 17. Mai 1932:

- „Der Wahlsieg der NSDAP in Volkmarsen scheint bei verschiedenen Größen starke Nervosität hervorgerufen zu haben. Man untersucht, wer wohl die Wähler sind, um diese dann so gut wie es geht zu schädigen. Der jüdische Schneidermeister soll auf dem Rathaus vom Oberwachtmeister Claus zu Rede gestellt worden sein, wie er dazu käme, Nazis zu beschäftigen, sein Geselle H. sei Nazi. (...) Herr Oberwachtmeister, Sie sind Zentrumsman. Sind Sie gut katholisch? Was wollten Sie denn mit einer solchen Rederei erreichen? (...) Heil Hitler“.

Weitere aufschlussreiche Ereignisse mit Bezug auf Herrn Claus:

- Am 1.4.1933 Dienstenthebung durch den Ortsgruppenleiter bei Besetzung des Rathauses im Beisein von drei einheimischen SA-Leuten und fünf uniformierten SS-Männern.
- Persönliche Angriffe des Ortsgruppenleiters auf dem Parteikongress in Wolfhagen am 20.10.34.
- Persönlicher eigener Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens zur Überprüfung möglicher Dienstverfehlungen bleibt unbeantwortet, Wiederaufnahme des Dienstes
- Aussagen (1996) des aus Volkmarsen stammenden Fritz Nassau: „Herr Claus war ja Gesetzesdiener, ist aber immer ein Mensch darunter gewesen. 1933 wollte man meinen Bruder verhaften, wenn er von seinem Studienort nach Hause kommt. Da ist C. zu meinem Vater gekommen und hat gesagt, der Junge darf nicht nach Hause kommen, wenn er kommt, muss ich ihn verhaften. Zwei Jahre später war mein Vater gestorben, da kam ich von New York zurück. Nachts hat Herr Claus so gegen zwei oder drei Uhr an die Tür geklopft und gesagt, der Fritz muss sofort weg, morgen früh soll er verhaftet werden. Da konnte ich sofort nach Kassel und zurück nach New York.“
- 1938: Herr Claus kaufte vom Schneidermeister Lichtenstein einen Garten, damit dieser die auferlegte „Judenvermögensabgabe“ bezahlen konnte. Er gestattet der Familie Lichtenstein, die Hälfte des Gartens weiter für die eigene Versorgung zu nutzen.
- 1942: Vor der Deportation der Familie Lichtenstein nahmen Herr Claus und seine Ehefrau Elisabeth verschiedene Wertsachen, Wäsche und wertvolles Rosenthal-Porzellan in Verwahrung, versteckten das jüdische Eigentum während des Krieges und gaben es viele Jahre später unangetastet der überlebenden Tochter Ilse Lichtenstein zurück.
- Ab 1939 heimliche Überwachung wegen des Verdachts auf Abhören von ausländischen Rundfunksendern
- Am 30.3.1943 durch das Waffen-SS und Polizeigericht XXII Kassel verurteilt zu drei Wochen geschärftem Stubenarrest wegen „Umgangs mit polnischen Gefangenen, die das gesunde Volksempfinden gröblichst verletzen“

Parteizugehörigkeit: Erklärung im am 25. Juli 1945 abgegebenen Fragebogen:

„Ich bin erst Ende 1938 nach langem Widerstreben auf Drohungen zwangsweise in die Partei gedrängt worden, weil mein Dienstvorgesetzter gleichzeitig Ortsgruppenleiter war und ich von diesem ständig unter Druck gehalten wurde. Damals hat die Partei meinen Eintritt auf den 1. Mai 1937 zurückdatiert, wahrscheinlich, um mehr Mitgliedsbeiträge herauszuschlagen. Ohne den Eintritt wäre ich als Vater von vier Kindern brotlos geworden.“

Herbst 1943: Der Polizeimeister Claus erhält den Befehl, an einem wegen angeblicher Faulheit in den Rathauskeller verbrachten polnischen Zwangsarbeiter die Prügelstrafe zu vollziehen. Er lehnt dies kategorisch ab mit der Begründung „das gehört nicht zu meinen Aufgaben als Polizist“.

Die brutale Strafe wurde dann von einem Volkmarser SA-Mann vollzogen (später als Belasteter verurteilt).

Kurz vor Kriegsende wird Claus beauftragt, Kriegsgefangene nach Kassel zu überführen. Bei Ankunft wurde ihm die Rückkehr nach Volkmarsen verweigert. Er wurde einer Wehrmachts- oder Volkssturm-Gruppe zugeteilt zur Verteidigung der Stadt gegen die Amerikaner. Auf diese Weise geriet er in amerikanische Gefangenschaft und musste fast drei Monate lang unter den unerträglichen Verhältnissen in den sogenannten „Rheinwiesenlagern“ leiden. Als er völlig entkräftet im August 1945 zurückkam, wurde ihm mitgeteilt, dass er wegen seiner Parteizugehörigkeit nicht wieder eingestellt und sein Vermögen blockiert wird. Der Posten, an dem er als städtischer Polizist 23 Jahre lang korrekt seinen Dienst versehen hat, wurde anderweitig besetzt. Es folgte ein jahrelanger Prozess, in dem Herr Claus verzweifelt auf Wiedereinstellung und Nachzahlung von ihm gesetzlich zustehenden Unterhaltszahlungen klagte. Die Stadt Volkmarsen untergrub alle diese Versuche durch falsche Angaben bei Behörden, Fristüberschreitungen und anderes mehr. Obwohl nach dem erfolgten Spruchkammerbescheid und der behördlich verfügten Freigabe des Vermögens nach den Richtlinien des Hessischen Innenministeriums vom 26. 2.1947 für die in Gruppe 4 (Mitläufer) eingereihten Personen einer Wiedereinstellung eigentlich nichts mehr im Wege stand, blieb die Stadt bei ihrer Haltung.

Im Jahr 1950 wurde vom Gericht gegenüber der Stadt Volkmarsen eine „erhebliche Amtspflichtverletzung“ bei der Bearbeitung des Falles Claus festgestellt und die Stadt zu kostenpflichtigem Schadenersatz in Bezug auf die Versorgungsleistungen verurteilt. Herr Claus wurde auch jetzt vom amtierenden Bürgermeister nicht anders behandelt als in den Vorjahren.

In der gleichen Zeit musste er erleben, dass zum Beispiel ein übler SA-Schläger, der von der Spruchkammer als „Belasteter“ eingestuft wurde, wieder als städtischer Mitarbeiter beschäftigt wurde, wie ein ebenfalls als „Belasteter“ verurteilter Unternehmer sehr erfolgreich sein Unternehmen ausbauen konnte und manches mehr. Es liegen zahlreiche Indizien dafür vor, dass einige der nach 1945 im Amt befindlichen Stadtvertreter aus persönlicher Aversion gegen den ehemaligen Polizisten gehandelt haben auf Grund von verschiedenen Vorfällen während der NS-Zeit. Der Polizeimeister Claus war für die lokale Nachkriegsgesellschaft der sichtbare, verstörende Beweis dafür, dass die ständig kursierende Aussage „Wir mussten ja alle mitmachen“ nicht den Tatsachen entsprach. Er handelte trotz der schwierigen Bedingungen in der Diktatur nach seinem Gewissen und stellte Humanität, christliche Grundwerte und politische Überzeugungen über die menschenverachtenden Verordnungen des NS-Regimes und ließ sich vom damaligen Zeitgeist nicht beirren.

Aussage eines jüdischen Zeitzeugen (siehe vorige Seite):

„Herr Claus hat meinem Bruder und mir sozusagen das Leben gerettet. Deshalb sage ich, er müsste im höchsten Himmel sein. **Die Stadt sollte das anerkennen!** (Zitat von Fritz Nassau, emigrierte nach New York)

Der Polizeimeister Heinrich Claus starb völlig verbittert am 11. März 1951

Die Zeiten haben sich geändert, doch manche Menschen nicht – Einstellungen und Vorurteile bleiben.

„Wiedergutmachung“ –

Der Begriff ist unzutreffend und irreführend, da die Schäden durch Verfolgung, Beraubung, Versklavung, durch Freiheitsentzug und Ermordung unter dem nationalsozialistischen Regime nicht „wieder gut gemacht“ werden können. Gemeint sind materieller Leistungen an die Opfer, die in zwei Hauptkategorien unterteilt werden, Rückerstattung und Entschädigung. Die Rückerstattung begann unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg auf Veranlassung der Besatzungsmächte. Sie betraf vor allem Vermögenswerte, die sich der deutsche Staat, aber auch Einzelpersonen, im Zuge der Verfolgung von Juden und anderen angeeignet hatten...

„Eine umfangreiche Bürokratie, gelegentlich unsensible Bearbeiter in den Entschädigungsämtern, zeitraubende Gutachten machten das Verfahren für die Opfer zu einer meist mühseligen und oft unerfreulichen Prozedur.“ (Bundeszentrale für politische Bildung)

Verschiedene Dokumente, Korrespondenzen und Aussagen betroffener Zeitzeugen zwingen zu der Vermutung, dass die Verantwortlichen der Stadt Volkmarsen die Bearbeitung der berechtigten Ansprüche ehemaliger jüdischer Bürgerinnen und Bürger massiv behindert hat. Anfragen der übergeordneten Behörden wurden oft nicht zeitnah oder mit eindeutig falschen Angaben beantwortet und dadurch die in der Regel jetzt im Ausland lebenden Antragsteller geschädigt. Die Verfahren zogen sich in einigen Fällen über viele Jahre hin und führten vielfach dazu, dass die Antragsteller (in den Akten „AST“ genannt) irgendwann resigniert aufgaben oder einem Vergleich auf ungerecht niedrigem Niveau zustimmten.

Beispiel Familie Lichtenstein

Die Geschwister Ilse und Arthur konnten der Judenverfolgung entkommen und gelangten später in die USA. Ihre Eltern und ihre kleine Schwester Inge wurden am 30. Mai 1942 deportiert und im Vernichtungslager Sobibor ermordet.



Endstation Sobibor (Aufnahme im Jahr 2003)



Die Gedenkallee in Sobibor. Ernst Klein am Gedenkstein für die Familie Lichtenstein

Obwohl die Familie ein eigenes Haus mit Schneiderwerkstatt in der Oberen Stadtmauer 33 besaß, war sie gezwungen worden, ihr Haus zu verlassen und mit anderen jüdischen Familien in das jüdische Schulhaus umzuziehen. Die Wohnung wurde schon im Nov. 1938 und dann beim Auszug der Familie restlos ausgeplündert. Die Lichtensteins haben trotz massivem Druck ihr Haus nicht verkauft, so dass es bei der Deportation noch ihr Eigentum war und vom Finanzamt beschlagnahmt und als Mietobjekt genutzt wurde.

Einige Jahre später hat die Behörde das Haus verkauft. Seit Mitte der 1950er Jahre stellten die überlebenden Geschwister mit Hilfe von Rechtsanwälten mehrere Entschädigungsanträge, die zunächst durch wissentlich falsche Auskünfte der Stadt Volkmarsen regelrecht sabotiert wurden.

Beispiel – Schreiben des Regierungspräsidiums vom 1. März 1958: „Im Antrag hat Herr Lichtenstein angegeben, dass Volkmarsen der letzte Wohnsitz seiner Angehörigen war. Der Magistrat in Volkmarsen teilte mir auf Anfrage mit, dass die Familie in Volkmarsen wohnhaft war, aber im Jahre 1938 auf Veranlassung der NSDAP nach Kassel gebracht und von dort aus mit unbekanntem Ziel weitergeschickt worden sind“.

Diese Auskünfte der Stadt sind einfach nur als skandalös zu bezeichnen! Es war den Verantwortlichen im Rathaus (die z.T. dort auch schon vor 1945 tätig waren) unzweifelhaft bekannt, dass die Familie bis zum 30.5.42 im Schulhaus interniert war und am 1. Juni 1942 mit dem von Kassel ausgehenden Transport nach Sobibor verschleppt worden war. Genauso eindeutig war zumindest 1958 bekannt, dass die mit diesem Transport Deportierten sofort nach ihrer Ankunft im Vernichtungslager ermordet worden waren.

Aufgrund der falschen Angaben der Stadt kam vom RP die logische Aussage „Im Jahre 1938 haben doch keine Verschickungen – abgesehen von Juden polnischer Staatsangehörigkeit – stattgefunden.“ Aus diesem Grunde wurde der Entschädigungsantrag **abgelehnt**. Erst als Arthur Lichtenstein mit viel Mühe beweisen konnte, dass die Angaben der Stadt nicht der Wahrheit entsprachen, kam noch einmal Bewegung in die Angelegenheit.

Obwohl die Tochter Ilse Lichtenstein ihr Leben nur durch die Flucht mit einem Kindertransport (3. Januar 1939) nach Holland retten konnte und sie deshalb keine Schule mehr besuchen konnte, wurde ihr Antrag auf „Entschädigung für Schaden an Freiheit“ abgelehnt. Erst einige Zeit später, als die Geschwister Lichtenstein ihre Erbberechtigung nachweisen konnten, wurde für beide eine Entschädigung von insgesamt 6.600 DM bewilligt.

Mit Bescheid des Regierungspräsidiums vom 19. September 1958 wurde der Antrag auf eine „Entschädigung wegen Verlustes von Mobiliar und sonstigen Wohnungseinrichtungsgegenständen“ **abgelehnt**.

„Der Erblasser wurde aus rassistischen Gründen im Jahre 1942 nach dem Osten deportiert. Anlässlich seiner Deportation geriet sein ganzes Hab und Gut in Verlust. Für den Schaden, der dadurch entstanden ist, wird nun von seinen Erben eine Entschädigung begehrt.

Entscheidungsgründe:

Der Antrag wurde fristgerecht gestellt. Die formalen Voraussetzungen sind erfüllt. Der Erbnachweis ist erbracht.

... Da nach den seinerzeitigen Gepflogenheiten das Hab und Gut deportierter Juden seitens der Gestapo beschlagnahmt und später veräußert wurde, ist anzunehmen, dass auch das Eigentum des Erblassers beschlagnahmt wurde. Es handelt sich also um eine Entziehung feststellbarer Vermögensgegenstände. Eine Entschädigung solcher Ansprüche nach dem BEG wird durch § 5 ausdrücklich ausgeschlossen. [...] Der Anspruch auf eine Entschädigung nach dem BEG war daher abzulehnen“.

Der Gipfel der Ungerechtigkeit gegenüber den Geschwistern Lichtenstein ist, dass auch der Entschädigungsanspruch für das 1942 zu Gunsten des Deutschen Reiches vom Finanzamt Kassel beschlagnahmte Wohnhaus abgewiesen wurde „auf der Grundlage des damals geltenden Rechts!“

Bei dem vom Finanzamt Mitte der 1950er Jahre veranlassten Verkauf des Hauses fiel der Verkaufserlös an die Staatskasse.



Familie Lichtenstein (1938)



Ilse Lichtenstein am Eingang zum Friedhof



Ilse Lichtenstein vor dem aus zerbrochenen Grabsteinen errichteten Mahnmal von 1948



Ilse Lichtenstein (Mitte) zu Besuch in Volkmarsen; links: Agnes Claus; rechts: Brigitte Klein

Fall Anna Hamberg

Anna Hamberg, Ehefrau von Julius Hamberg, arbeitete bis zur Geschäftsaufgabe im Betrieb ihres Mannes ganztägig im Geschäft mit. (Aussage: „Meine Arbeit war schon deshalb notwendig, weil mein Mann jede Woche einige Tage nicht im Geschäft war, sondern in die umliegenden Ortschaften reiste, um dort die Kunden zu bedienen. Ich habe ihn vertreten und im Geschäft verkauft, den Einkauf besorgt und übernahm sämtliche Büroarbeiten.“)

Sie machte u.a. Ansprüche für a) „Schaden an Vermögen infolge Schleuderverkaufs“, b) Schaden im beruflichen Fortkommen und c) Schaden an Körper und Gesundheit geltend.

Zu a) wurde ihr nach jahrelangen Bemühungen mit Bescheid vom 2.12.1959 ein Betrag von 800.-DM bewilligt.

Vorangegangene Auskünfte der Stadt: „Mir ist aber nicht Erinnerung, dass von der Familie H. Möbel, Gerätschaften udgl. stehen gelassen worden sind. [...] Vielmehr war es so, dass in den Jahren 1933/34 auch von Juden, wenn auch zu niedrigen Preisen, gut Möbel usw. verkauft werden konnten.“

Zu b) Der Antrag wird mit Bescheid vom 2.10.1957 abgelehnt. Letzter Absatz der Begründung:

„Die Antragstellerin macht Entschädigungsansprüche geltend mit der Begründung, dass sie zwar kein Gehalt bekommen, aber einen vollen Gehaltsempfänger ersetzt habe. Nach dem Sachverhalt, aber auch nach der Lebenserfahrung ist es unwahrscheinlich, dass die Antragstellerin durch Mithilfe im Geschäft des Ehemanns eine bezahlte Arbeitskraft ersetzt hat. Die Tätigkeit der Antragstellerin ging über die innerhalb der durch die Ehe begründete häuslicher Gemeinschaft nicht hinaus. Der Antrag ist daher abzulehnen.“

Zu c) Der Antrag wird mit Bescheid vom 7.8.1958 trotz mehrerer Zeugenaussagen über den Gesundheitszustand nach der Einwanderung abgelehnt.

Erst 1960 werden nach Einsprüchen die Entscheidungen von 1958 teilweise revidiert.

Zahlreiche weitere Dokumente liegen vor, nach denen durch wahrheitswidrige Auskünfte der städtischen Behörden, die oft erst nach Rüge durch übergeordnete Stellen korrigiert wurden, die jüdischen Antragsteller geschädigt wurden.

Auch auf andere Weise wird deutlich, dass man nicht das geringste Interesse daran hatte, die Erinnerung an die ehemaligen jüdischen Einwohner zu bewahren:

Schreiben des Jüdischen Nationalfonds vom 19.12.1960:

„Der jüdische Nationalfonds wird in diesem Jahr einen Almanach herausgeben, der in repräsentativer Form eine reichhaltige informative Darstellung des Lebens der Juden im Vor- und Nachkriegsdeutschland geben wird. Da dieser Almanach nach Gemeinden geordnet werden soll, stellen wir Ihnen anheim, Ihrer früheren jüd. Gemeinde zu gedenken. Es ist dies für Sie die erste Gelegenheit, der umgekommenen jüd. Märtyrer, die Mitbürger Ihrer Stadt waren, zu gedenken und gleichzeitig die noch im Ausland Lebenden zu begrüßen. Wir sind gern bereit [...] und bitten Sie, uns umgehend mitzuteilen, auf wieviel Seiten Sie reflektieren und wann wir mit dem Material rechnen können. Mit freundlichen Grüßen...“

Handschriftliche Anmerkung des Volkmarsen Bürgermeisters am 21. Dezember 1960:

„1.) Keine weitere Veranlassung 2.) Ablegen“

In der Nachkriegszeit wurden auf Anweisung der Behörden die während der NS-Zeit erfolgten Übertragungen jüdischen Eigentums überprüft und der Nachweis erbracht, dass in vielen Fällen die Not der Juden ausgenutzt wurde und unter teilweise rechtswidrigen Bedingungen die Verkaufspreise weit unter dem realen Wert lagen. Die Überprüfungen hatten zur Folge, dass verschiedene Erwerber von Häusern und Grundstücken zu entsprechenden Nachzahlungen an die „Jewish Claim Conference“ verpflichtet wurden. Nicht nur private Erwerber jüdischen Eigentums, sondern auch die Stadt Volkmarsen hat in einigen Fällen von der Aneignung von Grundstücken der früheren Besitzer nachhaltig profitiert. Bis heute wird von manchen Nachkommen der damaligen Erwerber behauptet „Mein Vater hat unser Haus zweimal bezahlen müssen“ – was aber den tatsächlichen Sachverhalt nicht entspricht.

Dass es in Volkmarsen auch Menschen gab, die sich auch in der NS-Zeit ehrlich gegenüber den Juden verhalten haben, zeigt beispielhaft ein Schreiben aus den USA, verfasst am 12.1.1951 vom 1937 geflüchteten Curt Nassau: „Lieber Herr Blume, es ist mir ein Vergnügen, Ihnen zu versichern, dass Sie der rechtmäßige Eigentümer sind von dem Land, was Sie von meinen Eltern gekauft haben. Ich bin außerordentlich erfreut sagen zu können, dass Sie und Ihre Familie zu den Wenigen gehören, die niemals einen unzulässigen Vorteil aus der Notlage der Juden gezogen haben. Wir würden es als sehr unfair und ungerecht betrachten, wenn wir heute irgendeinen Anspruch gegen Sie geltend machen würden auf Grund der veränderten politischen Umstände. Das Land ist Ihr Eigentum und ich hoffe, dass Sie und Ihre Familie es für eine lange Zeit nutzen können bei bester Gesundheit. Mit den freundlichsten persönlichen Grüßen Ihr ergebener Curt Nassau.“ (aus dem englischen Original übersetzt)

Kriegsgefangene und Spätheimkehrer

Nach Kriegsende hofften rd. 11 Millionen deutsche Kriegsgefangene und ihre Familien auf baldige Entlassung aus der Gefangenschaft. Nur eine geringe Zahl, meistens Jugendliche, alte oder kranke Soldaten, wurden schon nach kurzer Zeit freigelassen. Für viele Männer dauerte die Zeit im Gewahrsam der Siegermächte mehrere Jahre. Nachdem die Westalliierten die meisten ihrer Gefangenen bis 1950 freigelassen hatten, mussten in der Sowjetunion viele tausend Deutsche noch über Jahre schwere Zwangsarbeit unter harten Bedingungen leisten. Viele Arbeitslager befanden sich in den kältesten Regionen Sibiriens. Die letzten Kriegsgefangenen in der Sowjetunion wurden erst im Januar 1956 entlassen. Die Heimkehr jedes Gefangenen war nicht nur für die Angehörigen ein ganz besonderes Ereignis. Gerade in den kleineren Städten wie Volkmarsen, begleitete ein großer Teil der Bevölkerung mit Freude die Ankunft der Spätheimkehrer. Ein Beispiel aus der Zeitung vom 4. Januar 1954:

„Jubel und Glockengeläut in vielen Orten - Mit den letzten Transporten kehrten zahlreiche Nordhessen aus der Gefangenschaft zurück.“

Volkmarsen. Einen begeisterten Empfang bereitete die Stadt dem Spätheimkehrer Robert Zeidler, der am Sonnabend aus russischer Kriegsgefangenschaft eintraf. Alle Häuser hatten Flaggenschmuck angelegt und am Stadteingang begrüßte ein Spruchband „Herzlich Willkommen“. Die Glocken der Kirchen läuteten und eine tausendköpfige Menschenmenge hatte sich eingefunden, als Zeidler eintraf. Wilhelm Höffken begrüßte den Spätheimkehrer, der Heimatvertriebener aus dem Sudetengebiet ist und dessen Familie seit 1946 in Volkmarsen wohnt. Er überreichte ihm ein Geschenk des Kur- und Verkehrsvereins. Ortsvorsitzender des BvD Josef Nigbur hieß Zeidler im Namen der Heimatvertriebenen willkommen und überreichte einen großen Blumenkorb. Die Blaskapelle des Musikvereins und der Spielmanszug des Turnvereins geleiteten Zeidler zu seiner Wohnung. Er dankte mit bewegten Worten für den herzlichen Empfang und der Bevölkerung besonders für die Unterstützung, die sie seiner Familie in der verflossenen Zeit zuteilwerden ließ. Der Magistrat begrüßte den Heimkehrer in seiner Wohnung und überreichte ihm ein Geldgeschenk. Der Vorsitzende des Heimkehrerverbandes Eduard Donner übergab ihm einen großen Geschenkkorb. Am Sonntagmorgen wurde Zeidler in der Kirche durch den evangelischen Pfarrer willkommen heißen. In den Mittagstunden fand sich auch Landrat Rühmekorf mit Vertretern des Kreisverbandes der Heimkehrer ein. „Auch die Zeitung der Vertriebenen aus Asch (Sudetenland), berichtete über Zeidler und sein schweres Schicksal: „Robert Zeidler arbeitete zunächst bei der Bahn in Asch und wurde dann nach Marienbad und während des Krieges als Eisenbahner nach Ostpreussen versetzt. Hier wurde er von den Russen gefangen genommen und hatte, obwohl er der Wehrmacht nicht angehörte, den gleichen Leidensweg mitzumachen, den die deutschen Soldaten in sowjetischer Gefangenschaft gehen mussten.“. Herr Zeidler sah bei seiner Ankunft in Volkmarsen zum ersten Mal seinen 1944 geborenen Sohn, der inzwischen neun Jahre alt war. Nach einer kurzen Erholungszeit wurde der Heimkehrer wieder als Bahnbeamter eingestellt und versah seinen Dienst bis zur Pensionierung am Bahnhof in Volkmarsen. Wie viele andere Heimatvertriebene auch,

arbeitete er ehrenamtlich in mehreren Vereinen mit und bekleidete als Kommunalpolitiker lange Zeit das Amt des Stadtverordnetenvorstehers.

Aufbruch in Richtung „Wirtschaftswunder“

Nachdem die akute Wohnungsnot infolge der vielen in der Stadt aufgenommenen Heimatvertriebenen mit großen Anstrengungen aller Beteiligten langsam, aber stetig gelindert werden konnte, unzählige „Care-Pakete“ aus den USA (allein der aus Volkmarsen stammende Ernst Blume schickte in dieser Zeit mehr als 500 Pakete) bei den Bedürftigen angekommen waren und der einmalig harte Winter 1946 - 47 überstanden war, entwickelte sich langsam eine erfolversprechende Aufbruchstimmung.

Ein ganz entscheidender Impuls war natürlich auch hier die Währungsreform vom Juni 1948. Im Anschluss an das von der Stadt auf den Weg gebrachte erste Wohnungsbauprogramm mit zwei Reihenhauses-Anlagen mit 16 Wohnungen und dem Ankauf von fünf Musterhäusern der Firma Schneider wurden im Jahr 1949 55 Bauplätze erschlossen. (Neubaugebiet Scheidfeld) Ende des Jahres waren bereits 23 neue Häuser kurz vor der Fertigstellung. Die rege Bautätigkeit war nur möglich durch enorme Eigenleistung, Nachbarschaftshilfe und Unterstützung der Stadt. Die Steine für die Kellergeschosse und der zum Bauen benötigte Sand konnten von den Bauherren kostenfrei in den städtischen Kalkstein- und Sandsteinbrüchen gebrochen werden. Die Ziegelsteine und die Dachpfannen lieferte die Volkmarsener Ziegelei. Aufgrund der regen Bautätigkeit gab es hier oft längere Wartelisten. Die Erschließung mit Wasser- und Abwasserleitungen wurde teilweise in Form von „Hand- und Spanndiensten“ durchgeführt. Zur Finanzierung der Materialkosten wurden die Grund- und die Gewerbesteuer erhöht, zunächst auf drei Jahre befristet.



Neubau im Scheidfeld beim Richtfest



Fertighaus der Firma Schneider, gebaut in 1948

Nach den anfänglich unter amerikanischer Leitung durchgeführten ersten Magistratssitzungen wurde in den nächsten Jahren die kommunale Selbstverwaltung aufgebaut. Die erste Gemeindewahl fand am 20. Januar 1946 statt (Ergebnis: 1175 Stimmen für die CDU, 314 für die SPD). Zur nächsten Gemeinde- und Kreistagswahl am 25. April 1948 bewarben sich folgende Parteien bzw. Gruppierungen um die Mandate:

CDU, SPD, KPD, DWA (Demokratische Wirtschafts- und Aufbaugemeinschaft), Verband der Fliegergeschädigten und die Flüchtlingsvereinigung, die sich später unter dem Namen BHE (Bund Heimatvertriebener und Entrechteter) organisierte. Von den 2083 abgegebenen Stimmen waren 158 ungültig. Von den 1925 gültigen Stimmen entfielen 1112 auf die CDU, 310 auf die SPD, 91 auf die KPD und 412 auf andere Wählergruppen. Ergebnis Kreistagswahl: 1045 CDU, 307 SPD, 187 LPD, 82 KPD. Die CDU blieb über viele Jahre die mit Abstand stärkste kommunalpolitische Kraft.

Parallel zur Bautätigkeit wurden auch die während der NS-Zeit „gleichgeschalteten“ und ab 1945 zunächst von den Amerikanern verbotenen Vereine wieder aktiv. (Mit „Direktive Nr. 23 vom 17.5.1945 verfügte der Alliierte Kontrollrat, dass alle sportlichen Organisationen zum 1.1.1946 aufzulösen sind. Jede Neugründung erforderte danach die Genehmigung der örtlichen alliierten Besatzungsbehörde). Schon bald konnten einige Vereine ihre Tätigkeit wieder aufnehmen, viele junge Menschen betätigten sich jetzt wieder in den traditionellen Sportvereinen wie z.B. dem Turnverein 1890 oder dem Verein für Rasensport 1920. Mit außerordentlichem bürgerschaftlichem Engagement schufen diese Vereine einen neuen Sportplatz mit 400-Meter-Aschenbahn und Leichtathletik-Anlagen. 1953 begann der TV 1890 mit dem Bau einer eigenen Turnhalle neben dem Sportplatz. Auch für diesen Bau wurden der Maurersand und die Kalksteine für das Kellergeschoss in den städtischen Brüchen von den Turnern gebrochen und von Bauern transportiert. Die Stadt stellte den Bauplatz und 150fm Holz aus dem Stadtwald.

Der Karnevalsverein setzte ab 1949 die alte Tradition mit Maskenbällen und Rosenmontags-Umzug fort,

für die nun wieder öfter stattfindenden Feste und Veranstaltungen waren die Aktiven des Musikvereins und des Männergesangsvereins unentbehrlich.

Der Kram- und Viehmarkt im Sommer und der Martinimarkt im November waren Anziehungspunkt für viele Besucher aus der ganzen Region. Der Pferde- und Viehhandel war von besonderer Bedeutung, aber auch die Stände der Schausteller und Karussell- und Schiffschaukelbetreiber sorgten für gute Stimmung. Mehrmals im Jahr bauten Zirkusunternehmen ihre Zelte auf dem Stadtbruch auf. In den Straßen tummelten sich ständig Hausierer, Scherenschleifer, Musikanten, Schrotthändler und Werber für Produkte wie zum Beispiel „Nigrin“-Schuhcreme oder verschiedene Waschmittel.

Nach der Währungsreform entfielen schon bald die Lebensmittel-Rationierung und die vielfach geübten illegalen Selbstversorger-Aktivitäten wie „Schwarzschlachten“ und „Schnapsbrennen“. Da „echter Bohnenkaffee“ aber noch lange zu den teuren „Luxusgütern“ gehörte, hatten die heimischen Kaffeeröstereien, die aus Gerstenmalz einen Ersatzkaffee herstellten, noch lange Zeit Hochkonjunktur. Die heimische Landwirtschaft leistete einen unverzichtbaren Beitrag für die Ernährung der Bevölkerung. Viele der sogenannten „kleinen Leute“ konnten sich einen Teil des Lebensunterhalts durch Arbeitsleistung bei den Bauern verdienen. Es war allgemein üblich, dass auch Kinder bei vielen Arbeiten wie Kartoffel-Lesen, Heu-wenden, Erbsenpflücken etc. mit eingespannt wurden.



Landwirtschaft in der Nachkriegszeit



In den ersten Jahren nach Kriegsende mussten von den Bauern oft noch Ochsen als Zugtiere eingesetzt werden, da durch die zwangsweise Ablieferung von Pferden während des Krieges Pferdegespanne nicht in ausreichendem Maße vorhanden waren. In den folgenden Jahren wurden dann die Zugtiere immer mehr durch Traktoren ersetzt. Später wurden statt der über viele Jahre verwendeten einfachen Geräte und Dreschmaschinen in immer stärkerem Maße moderne Erntemaschinen wie zum Beispiel Mähdrescher und Rüben-Erntemaschinen eingesetzt. Im Zuge der Modernisierung sank die Zahl der in der Landwirtschaft benötigten Arbeitskräfte deutlich. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze war eine schwierige Aufgabe in der Kommunalpolitik.

Nach der Währungsreform und durch die Entwicklung in den folgenden Jahren mussten sich viele Menschen beruflich völlig neu orientieren. In den traditionellen, angesehenen Handwerksberufe wie zum Beispiel Schneider, Weber, Schuhmacher, Uhrmacher, Müller, Drechsler, Stellmacher, Sattler fanden viele gut ausgebildete Fachkräfte keine Anstellung mehr.

Nach und nach verschwanden auch viele kleine alteingesessene Unternehmen wie zum Beispiel die „Kolonialwaren“-Händler und die liebevoll „Tante – Emma – Läden“ genannten kleinen Einzelhandels-Geschäfte, die später durch verschiedene Supermärkte ersetzt wurden.



Der überall zu erkennende Bauboom brachte auch einige nicht wiedergutzumachende Zerstörungen des alten Stadtbildes mit sich. Im Zuge der teils ungezügelt vorgenommenen Modernisierungsmaßnahmen wurden zahlreiche, zum Teil Jahrhunderte alte Fachwerkhäuser abgerissen und durch größtenteils hässliche Steinbauten ersetzt. Auch das einstmals prächtige Amtsgericht musste auf diese Weise einem Supermarkt weichen.

Ehemaliges Wohn- und Geschäftshaus der Familie Katzenstein in der Baustraße 1, 1954 abgebrochen und durch einen Klinkerbau ersetzt

Die allgemeine positive Stimmung in der Stadt wurde 1952/53 auf schmerzhaft Weise getrübt durch die Insolvenz der Möbelfabrik Schneider, die jahrzehntelang der größte Arbeitgeber war. Fast alle Familien waren nun von der Arbeitslosigkeit von ca. 300 Mitarbeitern des einst blühenden Unternehmens betroffen. Obwohl die Firma mit der Entwicklung kostengünstiger Fertighäuser („Schneider-Häuser“) sehr innovativ war, wurde die dringend benötigte staatliche Unterstützung für das zahlungsunfähige Unternehmen nicht in ausreichender Form bewilligt, der Familienbetrieb musste aufgeben. Alle Beschäftigten der Möbelfabrik wurden arbeitslos.

Ich kann mich noch gut an die weit über hundert arbeitslosen Männer erinnern, die einmal in der Woche vor dem Rathaus auf dem Marktplatz Schlange standen, um ihre „Stempelgeld“ genannte Arbeitslosenunterstützung abzuholen. Zahlreiche junge Männer verließen die Stadt in Richtung Ruhrgebiet, fanden dort neue Beschäftigungen und blieben meistens dauerhaft in den Industrieregionen, in denen sie eine neue Arbeit gefunden hatten.

Trotz intensiver Anstrengungen gelang es erst nach Jahren, Interessenten für die leerstehenden Fabrikgebäude der Firma Schneider zu finden. Durch die Ansiedlung einer Fahrradfabrik und später eines Armaturenwerks und weiterer Gewerbebetriebe konnten endlich die meisten Arbeitssuchenden wieder eine dauerhafte Erwerbstätigkeit aufnehmen. Auch für viele Frauen, die bisher oft nur kleine Verdienstmöglichkeiten als Haushalts- oder Landwirtschaftshelferin hatten, ergaben sich neue, besser bezahlte Arbeitsverhältnisse.

Erinnerungskultur

Am Volkstrauertag versammelten sich in jedem Jahr viele Bürgerinnen und Bürger unter Mitwirkung der Stadt und der Vereine zum Gedenken an die gefallenen Soldaten. Am 17. Juni (Tag der Deutschen Einheit) wurde ebenfalls mehrere Jahre lang regelmäßig mit großen Veranstaltungen an den Volksaufstand in der DDR erinnert und für die Heimatvertriebenen war das regelmäßige Gedenken an Flucht und Vertreibung eine Selbstverständlichkeit.

Dass aber Flucht und Vertreibung in Deutschland und eben auch in Volkmarsen mit der Verfolgung der Juden und aller dem NS-Regime nicht genehmen Minderheiten schon 1933 begann, wurde jahrzehntelang konsequent ausgeblendet und wird bis heute ignoriert. Dieser Teil der Zeitgeschichte auf lokaler und regionaler Ebene und der mühsame Einsatz für eine historisch redliche Aufarbeitung wartet noch auf eine ebenso umfassende Dokumentation wie die Erinnerung an die vorstehend beschriebenen Ereignisse der Nachkriegszeit.

Foto- und Quellennachweis

Ernst Klein www.ernstklein-volkmarsen.de

Der überwiegende Teil der Fotos, Dokumente und Berichte ist Bestandteil meines eigenen Archivs.

Die Zeitzeugenaussagen resultieren aus den von mir über viele Jahre geführten lebensgeschichtlichen Interviews. Die Zitate, Briefe und Dokumente sowie die darin eventuell enthaltenen grammatischen und orthografischen Fehler wurden originalgetreu übernommen. Die Schriftstücke wurden deshalb auch nicht den heute gültigen Regeln der Rechtschreibung angepasst.

Die Angaben im Artikel „Heinrich Claus“ basieren auf den mir von Frau Agnes Claus zur Verfügung gestellten Personal- und Prozessakten. Verschiedene statistische Angaben (Wahlergebnisse, Einwohnerzahlen etc.) wurden entnommen aus der im Jahr 1950 im Auftrag von Bürgermeister Dicke von Herrn Paul Lebrecht Kailuweit verfassten „Chronik der Stadt Volkmarsen“. Erschienen 1993)

Die historischen Fotos zum Thema Landwirtschaft wurden mir von Herrn Hubert Tapphorn überlassen.

Bildbearbeitung: Jan Schirsching

Zusammenbruch - Umbruch - Aufbruch

1945 und die Jahre danach -

Erinnerungen an die „Nachkriegszeit“ in der Stadt Volkmarsen

Geschichte ist gelebtes Leben und Geschichte wird besser begreifbar, wenn sie Namen und Gesichter bekommt und wenn sie einen Bezug zu Orten herstellt, die bekannt sind. Unter diesem Leitsatz versuche ich in meinen Beiträgen an die Ereignisse und Entwicklungen in der Zeit ab Frühjahr 1945 zu erinnern.

Die letzten Kriegswochen waren geprägt von der Sorge um die Väter, Ehemänner, und Brüder, die als Soldaten an den heftig umkämpften Frontabschnitten eingesetzt waren und auch um die jungen Frauen, die als Wehrmachtshelferinnen oder Krankenschwestern zwangsverpflichtet worden waren. Viele Familien trauerten um ihre in den Kriegseinsätzen gefallenen Angehörigen. Hinzu kam die ständige Bedrohung durch feindliche Kampfflugzeuge. Im Februar und März 1945 kamen durch Fliegerangriffe in Volkmarsen mehrere Personen ums Leben, im Nachbarort Külte wurden bei vier Luftangriffen der Bahnhof, die Kirche und sechzehn Häuser schwer beschädigt. Erhebliche Belastungen der gesamten Bevölkerung wurden verursacht durch die immer schlechter werdende Versorgungslage und die durch Einquartierung zahlreicher „Ausgebombter“ aus Kassel und vielen anderen Großstädten entstandenen äußerst beengten Wohnverhältnisse.

Trotz aller Probleme hielten viele Bürgerinnen und Bürger an ihrer nationalsozialistischen Überzeugung und am Glauben an die „Wunderwaffen“ fest. In den letzten Tagen des Monats März 1945 überschlugen sich die Meldungen über das unaufhaltsame Vorrücken der amerikanischen Kampfverbände. Der überwiegende Teil der Bevölkerung sah diesen Ereignissen mit großer Angst vor einem ungewissen Schicksal entgegen.

Anhand von Zeitzeugenberichten, Dokumenten und Pressemitteilungen informieren die von mir zusammengestellten Artikel beispielhaft in vielen verschiedenen Themenfeldern über die Entwicklung in den Jahren von 1945 bis 1960 vom totalen Zusammenbruch über die Aufnahme der Heimatvertriebenen und den mühsamen Aufbau demokratischer Strukturen bis zum Beginn des „Wirtschaftswunders“.



Verfasser bzw. Herausgeber zahlreicher Publikationen. Schwerpunkt seiner langjährigen ehrenamtlichen Tätigkeit: Erforschung und Dokumentation der Geschichte jüdischer Familien in Nordhessen und Ostwestfalen und der regionalen Geschichte der NS-Zeit.

Ernst Klein (www.ernstklein-volkmarsen.de)